

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 235 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 8/2014 VOM 19. AUGUST 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Überstunden bei der Eberswalder Feuerwehr**
Stadt drohen 700.000 Euro Kosten

7 | **Stoppt den Wahnsinn Straßenbau**
Ausbau der »Schneewittchenstraße«

12/13 | **Ein Lehrstück des Zynismus**
Krieg in der Ukraine

Meinst Du, die Russen wollen Krieg?

von Dr. Magdalene Westendorff

aber: »Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.«
(Friedrich Schiller: Wilhelm Tell, IV, 3).

Der Weltimperialismus in Gestalt der USA/NATO/EU kann nicht ruhig schlafen, wenn auf der Welt noch eine Großmacht wie die Russische Föderation existiert und nicht jeder Winkel der Erde unter seiner Kontrolle ist. Die Staatsverschuldung der USA ist gigantisch, die Waffendepots sind voll, die Kriege in Afghanistan, im Irak, Syrien... nicht erfolgreich. Auch stört Rußland in der UNO, so daß man nicht ungehindert weltweit seine Aggressivität ausleben kann. Also muß diese für die Sicherheit der USA so »gefährliche« eurasische Großmacht zu einer Regionalmacht kleingedrückt werden.

Um diesem Ziel näher zu kommen, boten sich rein territorial die Ukraine und Weißrußland als nächste Aufmarschgebiete an. In Minsk ließ sich bisher wenig erreichen. In der Ukraine dagegen konnte man gut an alte Traditionen von »Moskau-feindlichen« Nationalisten anknüpfen. Besonders im 20. Jahrhundert hatten sie sich in den Dienst der Feinde der jungen Sowjetmacht gestellt. Antisowjetische Nationalisten haben die faschistische Armee als Befreier begrüßt, eigene Pogrome veranstaltet und als Vollstrecker von schrecklichen Gräueltaten gedient. Ihre Wiederauferstehung als Helden in der »Unabhängigen« Ukraine war ein böses Omen. Vor den Nachfolgern dieser Verbrecher und Verräter muß man sich also zurecht fürchten. Das russische Volk und die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine reagieren besonders sensibel, wenn gleichzeitig, wie schon 2004 versucht, die russische Sprache verboten wird.

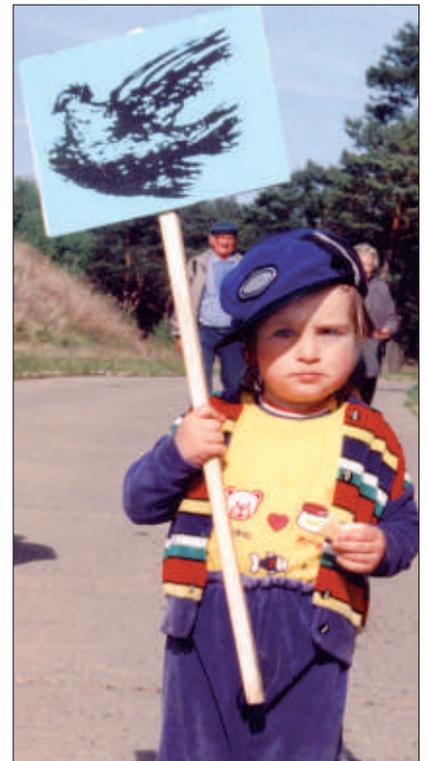
Die Entwicklung in Kiew und der Ukraine insgesamt war in ihrer Brutalität und mit dem rasanten Tempo nicht vorhersehbar. Deshalb und auch wegen eigener Interessenskonflikte in der Gesellschaft fiel es der Regierung in Moskau offenbar sehr schwer, ein Konzept zum Umgang mit den Putschisten in Kiew zu entwickeln. Man hat, in der verständlichen Hoffnung auf eine einvernehmliche Lösung, zu lange laiviert (Kreditvergabe, Gaslieferungen und Gaspreis, Handelsbeziehungen). Man hat sich viel gefallen lassen. Das russische Volk in seiner absoluten Mehrheit hat eine ziemlich klare Haltung, denn es weiß genau, daß es am Ende alle Rechnungen bezahlen muß.

Die neureichen russischen Eliten fürchteten sich vor den Sanktionen, denn sie haben tatsächlich etwas zu verlieren. So jammert denn auch die sogenannte »Liberalität« einschließlich vieler im Westen hofierter Künstler über den jetzt ausfallenden Luxus an »Parmesankäse«. Boris Kargalitzki reagierte im Internet (Plattform rabkor.ru) scharf auf den Sturm der Entrüstung dieser Leute über »Putin«. Sie bemerken bei ihrem »Jammer« nicht, daß zur gleichen Zeit gerade eine Entbindungsklinik bombardiert wurde, wobei zwei Gebärende getötet wurden. Die Kontrasanktionen Rußlands waren ein notwendiger Schritt, auch der Bevölkerung der EU zu zeigen, daß man nicht ungestraft der Politik der Oberen zustimmen kann und meint, ungeschoren davon zu kommen.

Nicht gezögert hat die Moskauer Regierung dagegen bei der Sicherung der Schwarzmeerflotte in Sewastopol. Die Krim war 1954 von Nikita Chruschtschow an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik ver-

schenkt und von Jelzin beim Zerfall der SU nicht zurückgeholt worden. Sie konnte durch das entschlossene Handeln der Mehrheit der Bevölkerung nach Hause zurückkehren. Man wagt sich nicht vorzustellen, daß es zu einer direkten militärischen Auseinandersetzung gekommen wäre und die Krim jetzt auch in Schutt und Asche läge. Die schon vorher angelaufene Anti-Putin-Kampagne des Westens erreichte nach der Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit nie dagewesene paranoide Züge. Obwohl man die Geschichte natürlich genau kennt, tönten ausgerechnet die USA von territorialer Integrität der Ukraine. Heute, angesichts der »Antiterror-Operation« der Kiewer Regierung, ist auch den damaligen Kritikern aus den Reihen der deutschen Linken hoffentlich klar, daß Rußland gar keine andere Wahl hatte.

Das russische Volk ist seit Beginn des Umsturzes in Kiew in der Beurteilung der Lage so einig wie selten. Viele Menschen verfolgen gespannt die Entwicklung, bangen mit den Opfern des Terrors. Sie nehmen die Flüchtlinge auf, spenden, junge Leute arbeiten freiwillig in den für die Flüchtlinge eingerichteten Unterkünften. Vor allem junge Männer sind aus Solidarität in die Volkswehr des Donbass eingetreten. Die Ziele der Bewegung zur Befreiung sind hierzulande nicht wirklich bekannt (siehe Seite 13).



Fortsetzung auf Seite 3

+++ WELTFRIEDENSTAG 2014 +++
+++Montag, 1. September +++ 17 Uhr: Marktplatz+++ 18 Uhr: Maria-Magdalenen-Kirche +++

Von Blutgericht zu Blutgericht

An den Anlaß erinnert sich kaum noch jemand. Drei israelische Jugendliche waren entführt und ermordet worden. Wer die Täter waren, blieb im dunkeln. Schnell waren militante Palästinenser der Hamas als Schuldige benannt. Der Volkszorn der Israelis kochte und bald fiel ein völlig unbeteiligter palästinensischer Jugendlicher einem Racheakt zum Opfer. Ob der oder die Mörder überhaupt gesucht wurden, ist nicht bekannt. Da kochte die Volksseele der Palästinenser, die im Gazastreifen zusammengedrängt unter zum Teil sehr prekären Bedingungen leben. Als deren Vertreter versteht sich die Hamas, die über selbstgebaute Raketen verfügt. Sie begann, ihre Raketen in Richtung Israel abzufeuern. Die haben keine große Reichweite und sind ungenau. Und verfügt Israel mittlerweile über eine ziemlich zuverlässige Raketenabwehr. Der Schaden, den diese Raketen anrichten, ist vergleichsweise gering. Freilich verbreiten die Raketen dennoch unter der israelischen Bevölkerung vor allem im Grenzgebiet zum Gazastreifen zumindest eine latente Unsicherheit. Für die Palästinenser spielt das keine Rolle. Allein der Fakt des Abfeuerns tut der geschundenen Volksseele in den Flüchtlingslagern in Gaza gut und wird als Sieg über den militärisch haushoch überlegenen Feind gefeiert.

Fast schien es, als hätte die israelische Regierung auf die Gelegenheit gewartet. Die internationale Gemeinschaft richtete den Blick auf die Ukraine und den Vormarsch der ISIS-Rebellen in Syrien und Irak. Alle paar Jahre ein Blutgericht im Gazastreifen – das scheint die Strategie der Machtelite Israels zu sein.

Das vorgegebene Ziel der israelischen Regierung war, die Angriffe der Hamas und anderer militanter Palästinenser aus dem Gazastreifen heraus zu verhindern, um die Einwohner Israels vor dem Tod zu beschützen.

Was wurde erreicht? Binnen eines Monats zwischen dem Beginn des Einmarsches der israelischen Armee in den Gazastreifen und dem zwischenzeitlichen Waffenstillstand Anfang August starben 67 Israelis, darunter 63 Soldaten, ein nicht geringer Teil davon im »friendly fire« – also durch Beschuß durch die eigenen Leute. Und nach Ablauf des Waffenstillstands feuerte die Hamas wieder Raketen ab.

An der Situation in den Grenzregionen Israels zum Gazastreifen änderte sich also nichts. Aber 67 Israelis sind tot. Ein großer Sieg?

Ach so, da war ja noch was: Im Gazastreifen starben im Bomben- und Geschobhagel der israelischen Armee 1.800 Palästinenser, darunter viele Kinder und Frauen. Die Überlebenden werden die Lücken, die Israels Armee in die Reihen der Hamas-Kämpfern riß, schnell auffüllen. Die Vorräte an Haß und Gegenhaß sind wieder aufgefüllt. Genug, bis zum nächsten Blutgericht.

Oder kann es gelingen, den »ewigen« Kreislauf zu unterbrechen?

GERD MARKMANN

Fernwärme überdimensioniert?

Bekanntlich hatte die Stadtverwaltung bei dem Büro »BLS Energieplan« das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept für die Stadt Eberswalde in Auftrag gegeben. Im Schwerpunkt HF 04 »Nah- und Fernwärme« wurde dafür ein Vergleich der Kosten erstellt. Interessanter Weise kommt »BLS Energieplan« auf den Seiten 111 - 115 zu dem Ergebnis, daß die vorgegebene Anschlußleistung für den betrachteten Wohnblock Ringstraße 67 - 98 mit 400 kW zu hoch ist, weil nur 1180 Vollastbetriebsstunden berücksichtigt wurden, offensichtlich hin gerechnet, um auf die 400 kW Anschlussleistung zu kommen. BLS hat dann in der weiteren Berechnung richtigerweise nur 300 kW berücksichtigt, die mit ausreichender Reserve auch für sehr kalte Jahre genügen, wie meine statistischen Nachrechnungen ergeben haben.

Für solche Berechnungen wurden von Experten die Vorschrift VDI 2067 erstellt, um einheitliche Berechnungsgrundlagen vorzugeben. Für Mehrfamilienhäuser sind danach 1800 - 2100 Vollastbetriebsstunden zu berücksichtigen und nicht nur 1180 Stunden.

Diese Vorschrift ist natürlich allen Projektanten bekannt, die sich mit solchen Berechnungen beschäftigen. So hat das Büro Dieme, wohl auch im Auftrag der Stadt, in einer Übersicht der Fernwärmegebiete sogar 1870 Vollastbetriebsstunden berücksichtigt, die noch zu niedrigeren Werten führt. Ich bitte hierzu auch meinen schriftlichen Redebeitrag vom 28.01.2014 an den Energieausschuß und ent-

sprechende Schreiben an die WHG zu berücksichtigen.

Immerhin bezahlt für die zusätzliche »Reserve« über 300 kW jede Familie in den 400 WE der Ringstr. 67 - 110 jährlich 34 € in Durchschnitt und EWE kassiert dafür ca. 11.500 € netto jährlich. Wohlbemerkt, nur für diese 4 großen Blöcke der WHG.

Eine Antwort der Stadtverwaltung zum obigen Beitrag steht noch immer aus, obwohl mir der Beteiligungsreferent Herr Haß persönlich zugesichert hatte, daß ich über das Ergebnis der Gespräche mit EWE aufgrund meiner Hinweise informiert werde. Haben solche Gespräche stattgefunden? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Ich bitte deswegen nochmals eindringlich mit den Experten von »BLS Energieplan« abschließend das Problem mit den zu hohen Anschlußleistungen zu klären, da alle betroffenen Mieter in der Folge an EWE zu hohe Kosten zahlen, für eine Leistung, die EWE gar nicht erbringen muß.

An Herrn Boginski richte ich hiermit die Bitte, sich dafür einzusetzen, daß die WHG über dieses und aus meiner Sicht noch andere offene Probleme spricht.

BERND POMRAENKE

Grundlage des Beitrages von Bernd Pomraenke bildet seine Anfrage in der Einwohnerfragestunde der Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Eberswalde am 10.07.2014. Der Autor bat um schriftliche Beantwortung durch die Stadtverwaltung.

Fernwärme künftig billiger?

Eberswalde (bbp). Der Geschäftsführer der Eberswalder Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) Hans-Jürgen Adam erwartet von dem neuen Blockheizkraftwerk der EWE in der Uckermarkstraße im Brandenburgischen Viertel eine deutlich effizientere Versorgung des Wohngebietes mit Fernwärme.

»Wir haben das nochmal durchrechnen lassen«, sagte er kürzlich gegenüber dem Lokalfernsehen ODF, »die Fernwärme ist tatsächlich die effektivste Wärmeversorgung für unsere Objekte im Brandenburgischen Viertel.« Er kündigte in diesem Zusammenhang an, daß sich dies auch auf die Fernwärmepreise auswirken werde, die den Mieterinnen und Mietern in Rechnung gestellt werden.

Sanktionen gefährden Arbeitsplätze

Rund 300.000 Menschen in der BRD arbeiten für den Export nach Rußland. Diese Arbeitsplätze sind aufgrund der von den USA geforderten Sanktionspolitik der Europäischen Union, der sich die BRD-Regierung widerstandslos unterordnet, in höchstem Grade und auf Dauer gefährdet. Rußland ist bereits sehr aktiv, als Ersatz engere wirtschaftliche Beziehungen nach China, Lateinamerika und ande-

Lange Nacht der Wirtschaft

Eberswalde (bbp). Am Sonnabend, den 30. August 2014, von 16 bis 22 Uhr, gibt es in Eberswalde die »Lange Nacht der Wirtschaft«. 22 Unternehmen an 7 Standorten in Eberswalde öffnen ihre Werkttore. Es gibt Betriebsführungen, umfangreiche Informationen und spezielle Vorführungen. Sie können »Unternehmen, Produkte und Produktionsabläufe hautnah erleben, mehr über Berufe erfahren – und dies in einer außergewöhnlichen Atmosphäre mit kulturellen und kulinarischen Genüssen«, wirbt das auf der Internetseite der Stadt Eberswalde bereitgestellte Programmheft (http://www.eberswalde.de/fileadmin/bereich-eberswalde/global/Aktuelles/2014/08/LNachtDerWirtschaft_Programmheft_EW_2014.pdf).

re Länder aufzubauen. Wie der Bundestagsabgeordnete Dr. Andreas Neu (DIE LINKE) am 11. August gegenüber dem Radiosender »Stimme Rußlands« sagte, müsse damit gerechnet werden, daß diese neuen Wirtschaftsbeziehungen auch nach einer eventuellen Aufhebung der Sanktionen zum Schaden der deutschen Exporteure von Bestand sein werden.

G.M.

Fortsetzung von Seite 1:

Meinst Du, die Russen wollen Krieg?

Die Bevölkerung Rußlands unterstützt den Präsidenten, wenn er sagt, man durfte nicht vor der Rache des »Westens« zurückweichen und sich »alles« widerspruchslos gefallen lassen. Zu lange allerdings hoffte man, daß in »Europa« die Einsicht siegt, daß die Kiewer Junta gestoppt werden muß und daß es ohne ein stabiles Rußland wesentlich schwerer ist, dem Allmachtsstreben der USA zu widerstehen. Als dann die deutsche Bundeskanzlerin umschwenkte und die härtere Gangart der Sanktionen absegnete, war endgültig klar: Die Russische Föderation muß sich auf die eigenen Stärken besinnen! Die Zeit der »Anbiederung« an den Westen ist vorbei. Der Druck der Ereignisse wird die Regierung in Moskau bei Gefahr des Untergangs dazu zwingen, die Kapitalflucht einzudämmen, die Technologieentwicklung voranzutreiben, aus dem Dollar zumindest teilweise auszusteigen, die Korruption zurückzudrängen, die Verteidigung zu modernisieren, die Schul- und Hochschulbildung wieder auf ein gutes Niveau zu bringen, die Landwirtschaft und damit die Dörfer vor dem Untergang zu retten! Eine Sozialpolitik, die ihren Namen verdient, ist dringend nötig. Demokratische Institutionen, bürgerschaftliches Engagement und eine starke Linke sind dafür unerlässlich.

Die jetzige Situation ist kreuzgefährlich! Die NATO gibt in Kiew die nötigen Anweisungen, die die russische Regierung zwingen sollen, militärisch einzugreifen. Man behauptet, dies sei schon geschehen. Oder man zündelt an der Grenze. Oder man macht jetzt die Stadt Donezk dem Erdboden gleich. Oder man dehnt die »Antierror-Operation« auf das Territorium der Russischen Föderation aus. Die NATO stärkt indessen vorsorglich ihre Gefechtsbereitschaft, führt Manöver im Baltikum, Polen und der Ukraine durch. Nur die »bösen« Russen dürfen sich natürlich nicht verteidigen, wenn die USA ihre lebenswichtigen Interessen an der Grenze zu Rußland sichern müssen!

Wahr ist: in den Grenzgebieten zur Ukraine im Süden Rußlands ist der Notstand ausgerufen. Die Flüchtlingsströme nehmen zu. Es sind bereits nahezu eine Million Flüchtlinge zu versorgen. Russische Grenzposten werden beschossen. Viele ukrainische Verbände sind sofort »übergelaufen«. Neu eingezogene ukrainische Soldaten, wochenlang auf sich gestellt, ohne die primitivste Grundsicherung, überqueren die Grenze nach Rußland, um sich zu retten. Viele wollen in Rußland bleiben. Sie werden von russischen Ärzten und Schwestern behandelt und von ihren russischen Brüdern eingekleidet, mit Essen versorgt. Wer zurückgehen will, darf Rußland wieder verlassen.

Viele geflüchtete Familien aus der Ukraine sind nicht offiziell in Rußland registriert, vorerst bei Verwandten untergekommen. Oder »im Urlaub« auf der Krim. Die Alten und ganz Kranken mußten oft zurückgelassen werden.

Wut und Haß wachsen mit jeder neuen Bombenattacke. Das UN-Hilfswerk spricht von einer humanitären Katastrophe. Aber die EU ist ertaubt und erblindet. Der Abschub des zivilen Flugzeugs ist natürlich die Schuld Rußlands. Eine objektive Aufklärung ist bisher nicht ermöglicht worden.

Die russische Regierung befindet sich einer schier erdrückenden Lage. Egal, was sie tut, es ist immer »falsch«. Eine militärische Aktion zur Befreiung des Donbass wäre mit unübersehbaren Risiken behaftet und schafft neue Probleme. Andererseits wird Präsident Putin in der Republik Noworossija und auch von Teilen der russischen Gesellschaft vorgeworfen, die Menschen in der Südostukraine alleinzulassen in ihrem ungleichen Kampf. Es gibt bereits Hunderte tote Zivilisten, darunter viele Kinder. Wie viele Soldaten und Kämpfer gestorben sind, ist nicht bekannt. Die noch verbliebene Bevölkerung des Donbass braucht Nahrung, Wasser, Medikamente und Kleidung. Die Alten erhalten keine Rente, die Fabriken stehen still, sind oft zerstört, also gibt es keinen Lohn. Die Felder können nicht bearbeitet und abgeerntet werden. Kranke und Verletzte können nicht ausreichend behandelt werden. Familien sind auseinandergerissen, viele Menschen traumatisiert. Dieser Tragödie tatenlos zuzusehen, ist eine Seelenqual. Daher die ständigen Aufrufe der russischen Regierung zu Verhandlungen, die Forderung nach Feuerpausen und Einrichtung von Fluchtkorridoren sowie einer Pufferzone unter internationaler Kontrolle.

Aber: Nur eine instabile, schwache und im Endeffekt zerfallende Russische Föderation ist den Westmächten genehm. Und dafür werden eben »Opfer« als Kollateralschaden in Kauf genommen. Wo es sich ja nur um die »Russen« handelt. Die Sanktionen werden allen schaden. Die Völker Europas werden dafür bezahlen. Diejenigen, die die notorische »Russenfeindschaft« in der EU-Außenpolitik und die Sanktionen kritisch sehen, werden jetzt wohl mehr werden. Aber die warnenden Stimmen, besonders der Alten, vor einer realen Kriegsgefahr werden ignoriert. »Europa« hat die bitteren Lehren der Geschichte vergessen.

Nachsatz: Die Kiewer Regierung hat mehrfach, nunmehr dringlich die Bevölkerung (das eigentlich eigene, jetzt aber überflüssige Volk) aufgefordert, die Stadt Donezk zu verlassen! Die Stadt soll »befreit« werden. Wie schön gesagt. Man widerspricht sich damit selbst, denn angeblich schon man ja die Zivilbevölkerung. Man schießt auf die Fliehenden, das ist effektiv. Hilfsgüter aus Rußland dürfen mit Obamas und Steinmeiers Segen jetzt (vielleicht) die Grenze passieren. Mal sehen, bei wem sie landen. Die russischen Truppenaufmärsche an der ukrainischen Grenze werden jeden Tag herbeigeredet, irgendwie muß doch die NATO was zu tun kriegen.

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

*Meinst du, die Russen wollen Krieg?
Befrag die Stille, die da schwieg
im weiten Feld, im Pappelhain,
Befrag die Birken an dem Rain,
Dort, wo er liegt in seinem Grab,
den russischen Soldaten frag!
Sein Sohn dir drauf Antwort gibt:*

*Meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen wollen Krieg?*

*Nicht nur fürs eig'ne Vaterland
fiel der Soldat im Weltenbrand.
Nein, daß auf Erden jedermann
in Ruhe schlafen gehen kann.
Holt euch bei jenem Kämpfer Rat,
der siegend an die Elbe trat,
was tief in unsren Herzen blieb:*

Meinst du, die Russen woll'n...

*Der Kampf hat uns nicht schwach gesehn,
doch nie mehr möge es geschehn,
daß Menschenblut, so rot und heiß,
der bitt'ren Erde werd' zum Preis.
Frag Mütter, die seit damals grau,
befrag doch bitte meine Frau.
Die Antwort in der Frage liegt:*

Meinst du, die Russen woll'n...

*Es weiß, wer schmiedet und wer webt,
es weiß, wer ackert und wer sät –
ein jedes Volk die Wahrheit sieht:*

*Meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen wollen Krieg?*

JEWGENIJ JEWTUSCHENKO

Wo sind wir gelandet?

Ein Beispiel: Es kommt jemand mit einem Stock drohend auf dich zu. Wenn du dann mit einer Axt auf ihn los gehst, machst du dich strafbar. So ist das.

Vom Gazastreifen wurden öfter Raketen in Richtung Israel abgeschossen, wahrscheinlich um auf ihre verzweifelte Lage im Gazastreifen aufmerksam zu machen, da die Raketen kaum Schaden angerichtet haben. Ist der Frieden zwischen Palästina und Israel ein Traum?

Israel führt seit Anfang Juli einen fürchterlichen Mordfeldzug, Bomben und Raketen pausenlos auf Wohnstätten, sogar auf Schulen und Krankenhäuser. Tausendachthundert Menschen wurden schon getötet, darunter sehr viele Kinder. Welche Sanktionen denken sich Merkel, Obama bzw. die Europäische Union und die USA gegen das mordsüchtige Israel aus? Wo war da Obamas »rote Linie«?

Hat noch jemand Fragen?

ELISABETH MONSIGK

Bürgermeisterzyklus

Drei gesetzte, ältere Herren wollen für die nächsten acht Jahre hauptamtliche Bürgermeister der schönen Stadt Eberswalde werden. Am 14. September stellen sie sich der allgemeinen und geheimen Wahl.

Der hauptamtliche Bürgermeister leitet die Stadtverwaltung und repräsentiert die Gemeinde in rechtlichen Angelegenheiten. Die allgemeine und geheime Wahl verursacht große Aufwendungen in der Stadtverwaltung und bei den Wahlbürgern. Die Wähler müssen die Wahlbenachrichtigung prüfen, den richtigen Kandidaten herausfinden, und am Wahltag im Wahllokal persönlich und mit klarem Verstand erscheinen.

Wir empfehlen Ihnen, den Eberswalder Bürgermeisterzyklus bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigen. Nach dem Eberswalder Bürgermeisterzyklus übersteht ein Bürgermeister seine zweite Amtszeit nicht. Die Amtsinhaber wurden seit 1993 regelmäßig mit überzeugenden Argumenten und in Eintracht im Amt bestätigt und in ihrer zweiten Amtszeit gleichermaßen regelmäßig mit überzeugenden Argumenten in ebensolcher Eintracht abgewählt. Die Ursachen des Eberswalder Bürgermeisterzyklus wirken unabhängig von den Kandidaten.

Sie sind auf zweierlei Art organisatorisch bedingt. Zum einen entstehen in langen Amtszeiten mächtiger Bürgermeister Gewohnheiten und Abhängigkeiten. Mitarbeiter und Partner kennen den Bürgermeister und wissen über seine Vorlieben und Bedürfnisse Bescheid. Sein Erfolg schafft Vertrauen und führt zu Routine. Beides hemmt innovative Konzepte und Mitarbeiter.

Zum anderen sinken die Chancen der Konkurrenten mit den Erfolgen des Amtsinhabers. Das hindert kompetente Mitbewerber an der ihrer Kandidatur. Was wiederum die Chancen des Amtsinhabers erhöht. Dieses Phänomen kannten schon die alten Griechen, die deswegen die Amtszeiten begrenzten. Wichtige und mächtige Ämter durfte man damals nur einmal auf kurze Zeit ausüben. Eine Wiederwahl war grundsätzlich nicht möglich.

Ein kluger Amtsinhaber würde dem Drängen seiner Berater nicht nachgeben und nach einer Amtszeit, auf dem Höhepunkt seiner Beliebtheit aufhören. Die Herren Dr. Hans Mai und Reinhard Schulz denken seit ihrer Abwahl sicher genauso. Da weder die Parteien, die Stadtverordneten oder die Kandidaten den Eberswalder Bürgermeisterzyklus berücksichtigten, sind Sie liebe Wählerinnen und Wähler gefragt. Sie haben es am Wahltag in der Hand und können den Vorschlägen nicht zustimmen und somit einen geeigneten Bewerber erzwingen. Das lohnt sich schon wegen des hohen Aufwandes, der mit der Wahl des Bürgermeisters verbunden ist und verhindert ein Durcheinander. Damit können Sie auch Friedhelm Boginski helfen, in Ihrer guten Erinnerung zu bleiben.

Dr. MANFRED PFAFF

Erschrocken!

Als ich davon las, daß es für die Bürgermeisterwahl in Eberswalde nur drei Kandidaten gibt (2008 gab es 6 Kandidaten), war ich erschrocken. Kein Kandidat von den großen demokratischen Volksparteien CDU, SPD, Grüne, dafür aber gleich zwei Mitglieder der Partei »Die Linke«, da der alternative Kandidat auch Mitglied dieser Partei ist.

Ich dachte zunächst, daß jeder unter Vertrag stehende Arbeitnehmer der BRD minutiös seine Aufgaben erfüllen muß und es Aufgabe der Kommunalpolitik sein müßte, sich den Erfordernissen der Städte und Kommunen zu stellen. Dazu gehört meiner Meinung auch, sich entsprechend den Wahlprogrammen der Parteien um Führungs- und Leitungsaufgaben, wie die des Bürgermeisters, zu bemühen. Wo sonst sollten sich die Wähler der großen demokratischen Volksparteien in dem Wahlvorschlag für den Bürgermeister der Stadt wiederfinden?

LINKER Bürgermeisterkandidat bei der SPD

Eberswalde (bbp). Am 15. Juli kamen die Mitglieder der SPD-Ortsverbände Eberswalde und Finow zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um sich über die Haltung der SPD in der Eberswalder Bürgermeisterwahl am 14. September zu verständigen. Volker Passoke, der Bürgermeisterkandidat der LINKEN, nutzte die Gelegenheit, um sich und seine Visionen vorzustellen. Nach seinem Weggang haben die anwesenden Genossinnen und Genossen noch

Da wird vielleicht sogar noch das Klischee bedient, daß in der Politik gut Geld verdient, aber leider nicht mit allerletztem Einsatz um die Dinge gerungen wird. Schade! Einem Kandidaten von SPD oder Grünen für unsere deutschlandweit grünste Hochschulstadt wäre ich sehr gerne gefolgt. Nun kann ich mich wohl kaum durchringen, an der Wahl teilzunehmen. Ich vermute, einigen Stammwählern der großen Volksparteien geht es ähnlich.

Allerdings brauchen sich demokratische Kräfte dann auch nicht zu wundern, wenn die Positionen von den nicht gewollten politischen Kräften und Parteien besetzt werden, und demokratisches Gedankengut und entsprechende Organisationen sowie Personen ins Hintertreffen geraten (wie es der SPD in der Geschichte Deutschlands und den Christen in Ostdeutschland von 1949-1989 ergangen ist).

FRANK NEUMANN

Podiumsdiskussion 1

Brandenburg wählt! So sind auch in Eberswalde etwa 12.000 Seniorinnen und Senioren aufgerufen, am 14. September 2014 ihre Stimme abzugeben. Wie schon in den vergangenen Jahren führt die Akademie 2. Lebenshälfte in Vorbereitung der Landtagswahl eine Podiumsdiskussion mit den Direktkandidaten der Parteien des Wahlkreises 13 vor Ort durch.

Zu dieser Podiumsdiskussion am 27. August, um 14 Uhr im Saal des Bürgerbildungszentrums »Amadeu Antonio«, möchten wir Sie recht herzlich einladen. Prüfen Sie mit uns gemeinsam die Wahlprogramme der Parteien auf die seniorenpolitischen Schwerpunkte und diskutieren Sie mit den Kandidaten.

MARION KÖSTLER

Podiumsdiskussion 2

Eberswalde (bbp). Die Lokale Agenda 21 Eberswalde hat die drei Bürgermeisterkandidaten Volker Passoke (DIE LINKE), Friedhelm Boginski (FDP) und Carsten Zinn (Alternative Liste Eberswalde) eingeladen, in einer Podiumsdiskussion sich und ihre Vorstellungen vorzustellen. Die öffentliche Diskussion findet am Montag, dem 1. September, um 18 Uhr in der Aula der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde statt.

eine Stunde lang diskutiert. Es wurde vereinbart, über das Ergebnis der Diskussion noch Stillschweigen zu bewahren, weil die Versammlung aufgrund der Urlaubszeit eine geringe Beteiligung aufwies.

Der SPD-Ortsverein Finow hatte zuvor eine Unterstützung des linken Kandidaten mehrheitlich abgelehnt, allerdings ohne ihn zuvor anzuhören. Die nächste Sitzung des Finower Ortsvereins findet am 19. August statt.

Unabhängig bei der SPD

Gestern hörte ich noch in einer Unterhaltung mit einem Piraten, daß es selbst in Eberswalde eine Art Unabhängige Fraktion geben würde. Das sind solche personellen Verbände von Abgeordneten, die sich von der lässigen Arroganz der Nicht-Problem-Löser abgrenzen. Nun ist zwar Dr. Mai auch schon früher ein Nicht-Löser gewesen, aber in der Sache sind Unabhängige in den Ortsparlamenten immer eine Hoffnung. Landesweit, auch in Bernau.

Doch heute lese ich auf der SPD-Seite von Eberswalde folgende Mitteilung, die mich die Augen reiben läßt: »Auf der Fraktionssitzung der SPD wurde am Montag den 14. Juli 2014 einstimmig der Beschluss gefaßt, mit dem Wahlbündnis 'Die Unabhängigen (DU)' mit ihrem Stadtverordneten Dr. Mai und den sachkundigen Einwohnern Dr. Uwe Fischer und Dipl. med. Annelie Marquart fortan in einer gemeinsamen Fraktion zusammenzuarbeiten.«

Na toll. Das nenne ich dann wohl eher Satiere am lebenden Objekt. So dürfte noch vor der Landtagswahl das neue Kräuterbonbon für Eberswalde perfekt sein. Eine SPD mit unabhängigem Einschlag. Und wer hats erfunden? Dr. Hans Mai (Neues Mitglied DIE SPD-Fraktion) und Hardy Lux (Vorsitzender DIE SPD-Fraktion).

THOMAS TOBLER

Überstunden bei der Feuerwehr

Klagewelle der Eberswalder Feuerwehrleute könnte die Stadt 700.000 Euro kosten

Schon mehrfach hatten wir darüber informiert, daß alles, was über 48 Stunden in der Woche hinaus gearbeitet wird, mit Freizeit auszugleichen bzw. zu bezahlen ist. In der Zwischenzeit hatten wir ein Gespräch mit Herrn Staatssekretär Rudolf Zeeb und weiteren Fachleuten aus dem Innenministerium (Mdi). Eins wurde deutlich, das Mdi sieht die Sache wie ver.di. Ohne Ausgleich max. 48 Stunden. Das Mdi hat auch keinerlei Bedenken, wenn bei 48 Stunden pro Woche, 24 Schichtschichten geleistet werden. Klar ist auch, daß Schichtveränderungen für einzelne einen Nachteil darstellen, der mit der Arbeitszeitrichtlinie der EU nicht vereinbar ist. Nach der neuen Arbeitszeitverordnung, die am 01.08.2014 in Kraft getreten ist, sind weiterhin mehr als 48 Stunden möglich, wenn die Voraussetzungen der EU eingehalten werden. Zur Bezahlung gibt es weiterhin keine Sonderregelung. Dies bedeutet nichts anderes, als daß die Mehrarbeitsvergütung anzuwenden ist, wenn kein Freizeitgleichgewicht gewährt werden kann.

Hier kommen wir zu einem speziellen Problem in Eberswalde. Bei der Berufsfeuerwehr ist »Land unter«. Alle drei Schichten fahren total unterbesetzt. Die Sollstärke laut Gefahrenabwehrplan von 8 FM (SB) wird oft nicht mal zur Hälfte erfüllt, dies ist unverantwortlich.

Der Landkreis Barnim wird von uns darüber informiert, da er Aufsichtsbehörde ist. Die Sicherheit der Beamten und der Bevölkerung sehen wir nicht mehr gewährleistet.

Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr werden wie hauptberufliche Beamte der Berufsfeuerwehr eingesetzt, nur bezahlt werden sie nicht. Eine Aufwandsentschädigung von 20 € pro 24 Stunden ist ein Witz. Ob dies nicht eine Hinterziehung von Sozialleistungen ist, wäre zu prüfen. Hinzu kommt, daß der Wachleiter im Tagesdienst noch im 24-Stunden-Schichtdienst eingesetzt wird. Die Arbeitszeitverordnung gilt in Eberswalde wohl nicht.

Ortsteilvertretungen bleiben im Blick

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 17. Juli die Mitglieder der Aufsichtsräte für die neue Kommunalwahlperiode (2014-2019) bestellt. Im WHG-Aufsichtsrat vertritt auch künftig Dr. Günther Spangenberg die Interessen der Stadt als Gesellschafterin. Dank Losglück erhielt unsere Fraktion auch im TWE-Aufsichtsrat einen Sitz. Unsere Fraktion hat hierfür Otto Baaz benannt.

Mit unserem Antrag auf Erweiterung der Mitgliederzahl im TWE-Aufsichtsrat werden sich im September der Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen, der Hauptausschuß und abschließend die Stadtverordnetenversammlung befassen.

Den Fraktionsvorschlag zur Schaffung von zeitweiligen Ortsteilbeauftragten für die städti-

Praktikanten werden, entgegen der Ausbildungsvorgaben, in aller Regel in der 56-Stundenwoche zur Verstärkung des Einsatzdienstes eingesetzt. Weder die Schichtlänge noch die Funktionsbesetzung ist in Brandenburg zulässig. Kaum zu glauben ist, daß der Leiter der Feuerwehr, Herr Meier, offenbar die Auffassung vertritt, daß es genügend Personal gibt. Um 8 Funktionen rund um die Uhr besetzen zu können benötigt man ca. 40 Beamte. Somit ist die personelle Unterdeckung von Eberswalde mit etwa 25% beispiellos in Brandenburg, möglicherweise auch republikweit!

Aber nicht er hat die Verantwortung, sondern der Bürgermeister und der Leiter des Ordnungsamtes. Beide müßten für neue Stellen sorgen und Geld (Freizeitenausgleich ist bei der jetzigen Situation unverantwortlich) für die Mehrarbeit zur Verfügung zu stellen. ver.di hatte schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß Rücklagen eingestellt werden müssen, da ein gewaltiges Haushaltsrisiko auf Grund anhängiger Klagen besteht. Im Extremfall über 700.000 €.

ver.di kann nur allen raten, die Mehrarbeitsstunden für drei Jahre rückwirkend (ab 01.01.2010) geltend zu machen. Ein entsprechender Musterantrag liegt für ver.di Mitglieder bereit. Der Arbeitgeber zieht aus unserer Sicht alles absichtlich in die Länge, selbst das Mdi gibt den Arbeitgebern keine Chance vor Gericht. Die bisherigen Urteile sind eindeutig.

Bisher hatten wir noch gehofft, daß Gespräche zwischen dem Personalrat und dem Bürgermeister eine Lösung bringen. Herr Gatzlaff, der mal wieder vom Bürgermeister beauftragt wurde, die Sache zu regeln, bringt keine verwertbaren Vorschläge. Auch hier scheint das Motto: »Geld ist Zeit«! Gemeint ist natürlich das Geld der Beamten, die immer noch keinen Antrag gestellt haben.

HAGEN QUEHL und DIETER KORTE
(ver.di Landesfachgruppe Feuerwehr)

schen Ortsteile, in denen die Wahlen der Ortsvorsteher gescheitert sind, haben wir nach Kenntnisnahme der Rechtspositionen der Barnimer Kommunalaufsicht vom 10. Juli zurückgezogen. Die Auffassung der Kommunalaufsicht werden wir gründlich analysieren. Auf dieser Grundlage werden wir nach den Wahlen zum Brandenburger Landtag und für das Amt des Eberswalder Bürgermeisters, einen neuen Vorschlag zur Wiedereinführung von Ortsteilvertretungen einreichen. Es bleibt unser Ziel, daß die Einwohnerinnen und Einwohner in allen Ortsteilen der Stadt über direkte Ansprechpartner, nach Möglichkeit mit erweiterten Rechten, verfügen.

CARSTEN ZINN, Fraktion Alternatives
Wählerbündnis Eberswalde (ALE/BdE/AfW)

Hauruck-Übergabe

Die Einweihung des neuen Bürgerbildungszentrums »Amadeu Antonio« mußte offenbar in den Terminkalender des Ministerpräsidenten passen, denn eigentlich war das Haus noch gar nicht fertig: Die Böden abgedeckt mit grauem Filztuch, oder gar blank und unansehnlich in den Treppenhäusern.



Die Fensterputzer hätten sich dann doch nicht so beeilen müssen, denn Herr Woidke wurde für fast 2 Stunden durch Autobahnstaus von seinen ministerpräsidentialen Pflichten abgehalten, wie die Lokalzeitung berichtete.

Der Hauptnutzer des Gebäudes, die Stadtbibliothek, ist zwar nun in städtischen Gebäuden untergekommen, aber viele Besucher vermissen das Großzügige und die Helligkeit der alten Räume. Auch mußte der Bestand an Büchern erheblich verkleinert werden. Positiv ist hervorzuheben, daß man jetzt fast ebenerdig, ohne einen schläfrigen Fahrstuhl benutzen zu müssen, schnell zu den Büchern kommt oder zu den Zeitschriften, die man nach wie vor in einem Lesebereich studieren kann. Zwei neue Check-Out-Terminals sollen die Mitarbeiter bei der Erfassung der Ausleihen unterstützen.



Aller Anfang ist schwer. Das gilt für eine überstürzte Übergabe des Hauses, als auch für die Bibliothek, die die Herzen der Eberswalder erst noch erobern muß. Aber eins ist sicher: Eine weitere Brache der Stadt wurde wieder mit Leben erfüllt und der kulturelle Mittelpunkt der Stadt verschiebt sich weiter nach Westen, zu den Menschen hin.

Wünschen wir dem neuen Bürgerzentrum Alles Gute, viele Leser und Besucher und gelungene Veranstaltungen unter dem Motto »Für Toleranz und Vielfalt!«

JÜRGEN GRAMZOW

Parteiausschlußverfahren

Eberswalde (bbp). Wie jetzt bekannt wurde, hat der Vorsitzende der Barnimer Linken Sebastian Walter, zugleich stellvertretender Landesvorsitzender, bereits am 5. Mai beantragt, die Genossen Carsten Zinn, Gerd Markmann und Mirko Wolfgramm, von der Basisgruppe »Georgi Dimitroff« im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde, aus der Partei auszuschließen. Walter begründet seinen Antrag damit, daß die drei mit der Wählergruppe ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE (ALE) »für eine zur Partei Die Linke konkurrierende Liste für den Kreistag Barnim und die Stadtverordnetenversammlung« angetreten seien. »Damit begeben sie sich in Widerspruch zur Satzung der Partei«, so Walter.

Bereits 2013 war der Versuch, Carsten Zinn aus der Partei auszuschließen, gescheitert. Auch diesmal sehen die Beschuldigten für den Ausschlußantrag keinen nachvollziehbaren Grund. Schließlich habe man damals mit Walter vereinbart, angesichts getrennter Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung eng in Sachfragen zusammenzuarbeiten. So gelang es beispielsweise gegen massiven Widerstand der Stadtverwaltung und der anderen Fraktionen durch ein taktisch kluges abwechselndes Agieren, zwei Schulsozialarbeiterstellen für die Eberswalder Grundschulen zu schaffen.

Um diese erprobte Zusammenarbeit auch in der neuen Wahlperiode realisieren zu können, bat der Kreisvorsitzende darum, daß Carsten Zinn und Gerd Markmann zur diesjährigen Kommunalwahl nicht auf der Liste der Linken kandidieren. Das hatte er am 1. Februar auf der Wahlversammlung der Eberswalder Linken dargelegt. In der Basisgruppe »Georgi Dimitroff« wurde das Problem daraufhin ausführlich diskutiert und entschieden, die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE zu bilden und damit zugleich nicht parteigebundenen Linken ein kommunalpolitisches Angebot zur Mitarbeit zu machen. Mit dem alternativen Angebot konnte zugleich ein Teil des Protestwählerpotentials erfolgreich davon abgehalten werden, rechte Parteien zu wählen. Resultat ist, daß in die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung keine Rechtsradikalen einzogen.

Grumsiner Forst im Buch

Der gelernte Förster Dr. Michael Luthardt hat die Anerkennung des Grumsiner Forstes als UNESCO Weltnaturerbe wesentlich mit vorangetrieben. Gemeinsam mit zwei anderen Autoren hat er einen Bildband über dieses Naturparadies herausgegeben, das nicht nur in spektakulären Fotos die Schönheit der Natur wiedergibt, sondern auch noch mit vielen Hintergründinformationen aufwarten kann. Regelmäßig liest Dr. Michael Luthardt aus diesem Bildband und erklärt in einem Fachvortrag diesen einzigartigen Naturraum. Die nächste Lesung findet am 15. August, um 19 Uhr, im Siedlerheim Rudolphshöhe in Werneuchen statt.

CINDY PANZER

Grundschule soll Stadtteilschule werden

Am 23. August feiert die Grundschule Schwärzensee den Einzug in ihr neues Haus, das in den vergangenen Monaten für rund 2 Millionen Euro saniert worden ist.

Verbunden mit dem Umzug ist auch eine inhaltliche Neuprofilierung der Schule als sogenannte »Stadtteilschule« im Brandenburgischen Viertel. Irgendjemand hatte sich daran erinnert, daß Schulen bedeutende kulturelle und soziale Zentren in einem Wohngebiet sind. Eine Schule mit positiver Ausstrahlung auf den Stadtteil zu sein, ist allerdings nicht einfach. Vor allem für eine Grundschule. Einst hatte der Ortsteil noch eine Oberschule, sogar mit gymnasialer Oberstufe. Als 2006 der Albert-Einstein-Oberschule die Schließung drohte, hatte ich in der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich auch auf die Bedeutung der Schule für den Stadtteil hingewiesen. Leider wollte damals keiner der Verantwortlichen etwas davon hören.

Im Sommer 2008 nahmen die Schülerinnen und Schüler der Albert-Einstein-Oberschule dann Abschied von ihrer Schule. Unmittelbar nach der Schließung wurde das Gebäude abgerissen. Zwei Jahre zuvor hatten die Schülerinnen und Schüler mit einem aufsehenerregenden Schulstreik gegen die Schließungspläne gekämpft. Ohne Erfolg. Der Einstein-Oberschule fehlten damals 7 Schüler, um die geforderten zwei siebenten Klassen einzurichten. Maßgeblichen Einfluß darauf hatte der heutige Bürgermeister Friedhelm Boginski, im Jahre 2006 noch Schulleiter der Goethe-Oberschule in Mitte. Seine Schule hatte für die siebte Klassenstufe viel mehr Bewerber als Plätze, darunter viele aus dem Brandenburgischen Viertel mit dem Zweitwunsch Albert-Einstein-Oberschule. Die Auswahl, welche Bewerbung angenommen wird, lag und liegt ausschließlich in der Macht des Schulleiters. Boginski nahm alle Bewerber mit Zweitwunsch Albert-Einstein-Oberschule an. Damit realisierte er das Todesurteil für die Oberschule im Brandenburgischen Viertel, das zuvor in Zusammenarbeit von Staatlichem Schulamt Brigitte Reuscher, Stadt- und Kreisverwaltung auf dem sogenannten »Bildungsgipfel« beschlossen worden war. Die Goethe-Oberschule konnte im Ergebnis des Kungelgipfels eine deutliche Aufwertung erhoffen, die in der Folge durch Angliederung der Grundschule Mitte und der Inanspruchnahme der Räumlichkeiten der Ober-



schule Mitte sowie millionenschwerer Erweiterungsbauten in der Trägerschaft des Landkreises auch realisiert wurden.

Später wurde das durch Stadtverordnetenbeschlüsse legitimiert. Eine entsprechende Performance, die Schüler der Einstein-Schule und deren Eltern Ende 2006 auf einer der damals noch stattfindenden Montagsdemos darboten (siehe Barnimer Bürgerpost 12/2006), stieß nicht gerade auf das Wohlwollen des damals gerade frisch gekürten Bürgermeisters.

GERD MARKMANN



Eine kritische Performance von Ende 2006 (BBP 12/2006), stieß nicht auf das Wohlwollen des damals gerade frisch gekürten Bürgermeisters. Er hielt die realitätsnahe Darstellung einer Hinrichtung durch Jugendliche für unangemessen. Daß gerade diese Jugendlichen ihre Situation nach der Schulschließung so empfanden und was er mit seinem Tun angerichtete, wollte Friedhelm Boginski nicht verstehen. Ihn schockierte wohl eher, daß er als der Scharfrichter dargestellt wurde. Sicher ist, daß die Menschen, die das damals erleben mußten, es nicht vergessen haben.

Bundestags-Wanderausstellung im Kreishaus

Der Deutsche Bundestag präsentiert sich auf Initiative des Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke in der Zeit vom 25. bis 29. August 2014 mit der »Wanderausstellung Deutscher Bundestag« im Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde.

Die Ausstellung zeigt auf zwanzig Schautafeln und mit multimedialen Anwendungen alle wesentlichen Informationen über den Deutschen Bundestag und seine Mitglieder. Desweiteren werden die Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments vermittelt. Vertiefende Infor-

mationen erhalten Sie durch kostenloses Informationsmaterial sowie durch eine Honorarkraft des Referats für Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages vor Ort.

Zur Eröffnung dieser Ausstellung lädt Sie Stefan Zierke recht herzlich am Montag, 25.08.2014 ab 18.30 Uhr in die Räume des Paul-Wunderlich-Hauses, Am Markt 1, 16225 Eberswalde ein. Wir freuen uns auf Sie und einen schönen Abend mit interessanten Gesprächen!

STEFAN ZIERKE

Offener Brand-Brief: Zerstörung der »Schneewittchenstraße« **Stoppt den Wahnsinn Straßenbau!**

Die von den Einheimischen wegen ihrer Hügel liebevoll »Schneewittchenstraße« genannte Verbindung zwischen Eichhorst und Groß Schönebeck wird ihrer herausragenden, einzigartigen Eigenschaft beraubt: Die Kuppen werden »abgefräst«, die Straße plattgemacht, damit sie so uniform charakterlos wird, wie jede x-beliebige langweilige Straße irgendwo.

Diese Straße zwischen Eichhorst und Gut Sarnow ist ein Zeugnis eiszeitlicher Endmoränen-Landschaft, welches buchstäblich erfahren werden kann. Für Touristen eine Attraktion und ein Erlebnis, was sie gerne in Erinnerung behalten. Nun sind Bauarbeiter dabei, dieses schützenswerte Kulturerbe Eiszeitstraße zu zerstören. Schuld daran sind unbekümmerte Politiker und Verwaltungsbeamte, die überdies Steuergelder sinnlos verschwenden.

Eigenwerbung der Gemeinde Schorfheide: »Entdecken Sie das Naturreich Schorfheide«. In der Praxis bemüht man sich stattdessen nach Kräften um Verunstaltung des »Naturreichs«, durch Vernichtung solcher historischer Zeugnisse oder auch durch beispielsweise Einbau vollkommen überflüssiger Geländer am Fahrradweg entlang der westlichen Seeuferstraße am Werbellinsee. Das war ein üppiger Auftrag – nur schön für den Schlosser.

Natürlich geschieht der jüngste Frevel wiederum ohne rechtzeitige Beteiligung der Bürger an dieser eigenmächtigen, gleichwohl für alle bedeutsamen Entscheidung. Stattdessen wurden die Bürger in die Irre geführt: In seinem Brief an die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Schorfheide (Schorfheidekurier vom 4. April 2014) schreibt der Bürgermeister mit Hinweis auf einen Einspruch des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin noch zur Beruhigung, »Der Ausbau der reliefbedingten Bodenwellen, die zu einer wesentlichen Erhöhung der Verkehrssicherheit führen würde, soll ebenfalls nicht akzeptiert werden«.

Die hier bemühte »Erhöhung der Verkehrssicherheit« ist selbstverständlich der blanke Unfug und erinnert an die seinerzeitige Forderung des ADAC in den 70er oder 80er Jahren, durch Abholzung der Bäume, die Alleen in



Deutschland zu vernichten. Die Verkehrssicherheit hängt allein von der, den jeweiligen Bedingungen angepaßten, angemessenen Fahrweise, einschließlich der Einhaltung der Verkehrsvorschriften ab, also vom Fahrer und nicht von Bäumen oder Bodenwellen. Diese erhöhen eher die Aufmerksamkeit und Vorsicht. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit gäbe es den noch wirksameren Vorschlag, die Sonne in den Abendstunden abzuhängen, da sie zu dieser Tageszeit auf dem Weg von Eichhorst nach Groß Schönebeck Fahrerinnen und Fahrer gerne blendet.

Dem Vernehmen nach planen die Verantwortlichen der Gemeinde Schorfheide zumindest noch eine weitere Verunstaltung, diesmal in Klandorf. Auch hier ist die Rede von Erneuerung der Dorfstraße, die nicht nur das einzigartige historische Ortsbild zerstören würde, sondern auch eine Reihe schädlicher weiterer Konsequenzen befürchten läßt. Die Bevölkerung von Klandorf will keine neue Straße! Alle diesbezüglichen Planungen sind überflüssig und müssen sofort eingestellt werden!

Stopp dem Wahnsinn und der Geldverschwendung! Denn sie wissen nicht, was sie tun!

LUTZ PAPROTH

Arbeiten am Fernwärmenetz

Eberswalde (ewe/bbp). Zwischen August und Oktober erneuert der regionale Energiedienstleister EWE einen rund 150 Meter langen Streckenabschnitt seines Fernwärmenetzes im Brandenburgischen Viertel. Ziel der Modernisierung sei es, sagt EWE-Projektleiter Thomas Schelk, die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Dafür investiere das Unternehmen rund eine viertel Million Euro.

Bereits im Juli sind Absperrarmaturen eingebaut worden, wodurch mögliche Defekte oder Lecks am Wärmenetz schneller gefunden werden können. Zudem kann EWE spätere Sanie-

rungen des Netzes vornehmen, ohne das gesamte Wärmenetz außer Betrieb zu nehmen. Die Absperrarmaturen schließen im Störfall und bei Arbeiten am Netz den jeweiligen Streckenabschnitt. Die Baumaßnahme verlange handwerklich intensive und hochwertige Schweißarbeiten. »Dafür haben wir drei ortsansässige Fachfirmen beauftragt«, so Schelk. Als regionales Unternehmen sei es für EWE eine Selbstverständlichkeit, die regionale Wirtschaft einzubinden. Auch zum Bau des neuen Blockheizkraftwerks habe der Energiedienstleister überwiegend regionale Firmen beauftragt.

Falsch zitiert

Zum Offenen Brief von Lutz Paproth hat der Schorfheider Bürgermeister Uwe Schoknecht eine Erwiderung geschickt:

Sehr geehrter Herr Paproth, ich möchte Sie nachdrücklich auffordern, wenn Sie mich in einem offenen Brief zitieren, dies korrekt zu tun.

In der Aprilausgabe des Schorfheidekuriers berichtete ich, daß das Biosphärenreservat gegen die Verbreiterung der Straße auf 5,50 m sowie gegen das Abtragen der Hügel ist. Es gab und gibt zu diesem Punkt unterschiedliche Sichtweisen. Wer in seinem Leben einmal dienstlich oder privat mit den Opfern oder den Hinterbliebenen von schweren Verkehrsunfällen zu tun hatte, wird in seiner weiteren beruflichen Tätigkeit alles dafür tun, um Unfallschwerpunkte zu entschärfen. Dies taten auch die Verantwortlichen in der Gemeinde Schorfheide.

UWE SCHOKNECHT

Überfordert

Die Sozialberatungsstelle des Landkreises Barnim in der Spreewaldstraße im Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel wird derzeit übermäßig von Hilfesuchenden in Anspruch genommen. Sozialarbeiterin Petra Pauli, mit hoher Sozialkompetenz und geschätzter Sach- und Fachkompetenz agierend, leistet Schwerstarbeit.

Sie steht den Betroffenen jeweils am Dienstag und Donnerstag in der Zeit von 12 bis 20 Uhr in der Spreewaldstraße als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Der weitaus größte Teil der Beratungsbedürftigen kommt aus dem Brandenburgischen Viertel. Vermehrt suchen aber auch Menschen aus den Eberswalder Nachbargemeinden Schorfheide, Joachimsthal, Britz, Chorin und Oderberg hier Hilfe. Derzeit ist die Sozialberatungsstelle an der Kapazitätsgrenze angelangt.

Die Sozialarbeiterin Petra Pauli arbeitet ständig an der Grenze der physischen Belastbarkeit. Das ist auf Dauer nicht zumutbar.

Der Arbeitslosenverband im WBG-Vereinshaus in der Havellandstraße bietet keine vergleichbaren Beratungen an. Dennoch werden viele Hilfesuchenden vom Eberswalder Jobcenter dorthin verwiesen. Am Ende landen sie meist außerhalb der Sozialberatungs-Sprechzeiten von Petra Pauli beim Buckow e.V. in der Spreewaldstraße. Wenn sie dann vor verschlossener Tür stehen reagieren sie mit großem Unverständnis, das zuweilen sogar in aggressiver Form vorgetragen wird, wenn sie von den Mitarbeitern auf die regulären Sprechzeiten hingewiesen werden. Wutanfälle und Beschimpfungen sind regelmäßig auf der Tagesordnung. Zustände, die auf Dauer nicht zu tolerieren sind.

Dringend notwendig ist eine Erweiterung der Stundenzahl für die Sozialberatungsstelle in der Spreewaldstraße.

CARSTEN ZINN

Kieztreff in Westend

Der gemeinnützige Verein Hebewerk veranstaltet ab August jeden ersten Freitag im Monat ein Repair Café im Schöpfwerk, dem neuen Kieztreff im Westend.

Was macht man mit einem Toaster, der nicht mehr funktioniert? Oder einem Pullover mit Mottenlöchern? Wegwerfen? Warum sollte man!

Am 1. August hat der Hebewerk e.V. bereits das dritte Repair Café in Eberswalde organisiert. Erstmals in der Offenen Projektwerkstatt in der Schöpfurter Str. 5. Dort dreht sich fortan an jedem ersten Freitag im Monat, jeweils zwischen 14 und 17 Uhr, alles ums Reparieren.

Neben elektrischen Kleingeräten werden jetzt auch Textilien gemeinsam repariert. Dazu stehen verschiedene Anleiterinnen und Anleiter zur Verfügung: Elektriker und Näherinnen helfen kostenlos bei allen möglichen Reparaturen. Zudem sind verschiedene Werkzeuge und Materialien vorhanden.

Besucher des Repair Cafés bringen ihre kaputten oder funktionsuntüchtigen Gegenstände von Zuhause mit. Toaster, Lampen, Föhne, Kleidung, alles, was nicht mehr funktioniert, kaputt oder beschädigt ist, kann mitgebracht werden. Und die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß die Reparatur gelingt! Die ReparaturanleiterInnen im Repair Café wissen sich fast immer eine Lösung.

Indem er Werbung fürs Reparieren macht, möchte der gemeinnützige Verein Hebewerk zur Reduzierung des Müllbergs beitragen. Das Repair Café ist auch dazu gedacht, Menschen in der Nachbarschaft auf neue Art und Weise wieder mit einander in Kontakt zu bringen. Deswegen wird das Repair Café seit August auch monatlich im neuen Kieztreff in Westend veranstaltet.

Seit drei Jahren stand der Altbau in der Schöpfurter Straße 5 in Eberswalde leer. Im Frühjahr 2014 haben fünf kreative Studentinnen und Studenten begonnen ein Kieztreff mit offenen Projektwerkstätten für Stoff, Siebdruck, Schmuck und Malerei aufzubauen. Die Initiatoren wollen die Schöpfwerk genannte Werkstatt für ansässige Eberswalder und zugezogene Studenten zum handwerklichen Austausch öffnen. Darüber hinaus bietet sich Raum für Lesungen, Konzerte, Ausstellungen und vieles mehr. Ganz wichtig ist den Initiatoren die Öffnung der Werkstatt als Kieztreff für das Westend.

Die Initiative arbeitet unter dem Dach des Hebewerk e.V. mit anderen Projekten zusammen, die sich ebenfalls dem gemeinsamen Austausch und informellen Lernen verschrieben haben.

Die Initiative begrüßt alle Interessierten wöchentlich zum Offenen Werkstatttag jeden Donnerstag von 15 bis 18 im Schöpfwerk, in der Schöpfurter Str. 5, hinter dem Bahnhof Richtung Westend die erste Straße links.

SVEN GUMBRECHT, Hebewerk e.V.

www.hebewerk-eberswalde.de

Gespräche mit Musik in Finowfurt

Wahlkampf tour des CDU-Landtagskandidaten Danko Jur

Finowfurt (cdu). Der CDU-Landtagskandidat Danko Jur machte im Rahmen seiner Tour »Jur pur – Gespräche mit Musik« am 3. August beim Caféhaus zur Teutoburg in Finowfurt halt. Mit vor Ort war auch die Landtagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Barbara Richstein. Danko Jur freute sich über die Unterstützung der CDU-Landesspitze, wobei beide nicht nur die Politik, sondern auch der Fußball verbindet. »Barbara Richstein ist wie ich Vorsitzende eines Fußballvereins in der Brandenburgliga, dort sind wir Konkurrenten, aber in der Politik wollen wir gemeinsam Brandenburg besser für die Menschen machen«, sagte er bei Beginn der Veranstaltung.

Barbara Richstein sieht genauso wie Danko Jur noch großen Verbesserungsbedarf bei den Themen innere Sicherheit und vernünftige Bildung für die Brandenburger Kinder sowie bei der Sport- und Kulturpolitik in Brandenburg. Bei musikalischer Umrahmung durch das Eberswalder Salonseptett standen die beiden Politiker anschließend den Bürgerinnen und Bürgern für Gespräche über Politik und die ganz alltäglichen Sorgen zur Verfügung. Diese Möglichkeit nahmen einige Finowfurter gerne wahr. So unter anderem auch Prof. Ginnow-Merkert, der Vorsitzende des Vereins »Unser Finowkanal«, dem die Lage des Veranstaltungsortes direkt am Finowkanal natürlich sehr gele-

gen kam. Nach dem Gespräch mit Danko Jur und Barbara Richstein sagte er: »Ich freue mich, daß das Anliegen unseres Vereins, nämlich den dauerhaften Erhalt des Finowkanals für den Tourismus zu sichern, von den beiden Politikern ernst genommen wird.« Barbara Richstein ergänzte: »Wir werden dazu einige Anfragen an die Landesregierung stellen und erwarten natürlich ganz konkrete Antworten!«

Bereits am 10. August gab es erneut »Jur pur – Gespräche mit Musik«. Diesmal in Friedrichswalde. Dort stand neben dem Landtagskandidaten Danko Jur auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Koeppen für Gespräche zur Verfügung. Das Eberswalder Salonseptett übernahm wie gewohnt die musikalische Umrahmung.



Regionaler Warenkorb vorgestellt

Abschluß der »Sprechstunden unter freiem Himmel« auf dem Marktplatz in Werneuchen

Am Freitag, dem 15. August, fand die Abschlußveranstaltung der Barnimer LINKEN Landtagsabgeordneten zu den jährlichen Sprechstunden unter freiem Himmel auf dem Marktplatz in Werneuchen statt. Gesprächspartner waren an diesem Tag der Bundestagsabgeordnete Harald Petzold, die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig und Dr. Michael Luthardt sowie der Kreisvorsitzende der LINKEN Barnim Sebastian Walter.

Dr. Luthardt stellte einen Regionalwarenkorb vor, mit Waren, die er von den Unternehmen mitgenommen hat, die er während der Sommertour durch die Region besucht hatte.

Mit dieser Aktion möchte er auf die vorhandene Vielfalt der regionalen Angebote und Erzeuger aufmerksam machen und für die Nutzung regionaler Produkte werben. Der Marktanteil von Bioprodukten und regional erzeugten Waren steigt immer weiter. Den Verbrauchern ist das Wissen um die Herkunft der von ihnen konsumierten Waren immer wichtiger. Unter diesem Aspekt spielt die Vernetzung von regionalen Anbietern untereinander und mit Verbrauchern eine große Rolle. Mit der Vorstellung des Warenkorbes möchte Michael Luthardt einen kleinen Beitrag dazu leisten.

CINDY PANZER

Externes Quartiersmanagement

Eberswalde (bbp). Im Rahmen des sogenannten Verstetigungskonzeptes zum Programm »Soziale Stadt« mit Schwerpunkt Brandenburgisches Viertel hat die Stadtverordnetenversammlung Ende 2012 die Aufgabenstellung für das bestehende »interne« Quartiersmanagement, das seit Anfang des Jahres durch Johanna Johnne realisiert wird, geändert. Für die »Qualifizierung des Quartiersmanagement« wurden jährlich 24.000 Euro bereitgestellt. Die Vergabe eines externen Quartiersmanagement

mit Schwerpunkt im Bereich Sport und Gesundheit ist Teil dieser »Qualifizierung«.

Den Zuschlag mit einer Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2015 hat jetzt das Berliner Büro für Stadt- und Regionalentwicklung »Die Raumplaner« bekommen. Aufgabe des externen Quartiersmanagement ist es, Akteure zu vernetzen und Doppelangebote abzubauen.

»Die Raumplaner« gibt es seit 2008. In Eberswalde waren sie bereits im Rahmen der Eisenbahnstraßenkoordination aktiv.

Altanschießerstreit in Bernau:

WAV Panke/Finow will Ende des Moratoriums

Bernauer Linksfraktion beantragt Abwahl von Thomas Dyhr (Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bernauer Linksfraktion möchte Thomas Dyhr von seiner Funktion als Vertreter der Stadt im Wasser- und Abwasserverband (WAV) »Panke/Finow« entbinden. Einen entsprechenden Abwahlenantrag hat die Fraktion für die Sitzung der Bernauer Stadtverordnetenversammlung am 4. September eingereicht. Hintergrund ist das Agieren von Thomas Dyhr im Vorstand des WAV, in welchem er sich zusammen mit der amtierenden Bernauer Bürgermeisterin Michaela Waigand für das Ende des Moratoriums zur Versendung von Altanschießerbeitragsbescheiden eingesetzt hat. »Ich bin entsetzt und enttäuscht davon«, erklärt

dazu die Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann, »wie Herr Dyhr im WAV-Vorstand gehandelt hat. Die Bernauer Fraktionen arbeiteten in den vergangenen Wochen fieberhaft an einem Kompromiss zur Problematik. Alle Fraktionen – mit Ausnahme der Unabhängigen – beteiligten sich daran, was mich sehr gefreut hat. Doch gleichzeitig hintertreibt Herr Dyhr unsere interfraktionelle Zusammenarbeit durch sein Handeln im WAV-Vorstand. Das ist inakzeptabel. Herr Dyhr hat das in ihn gesetzte Vertrauen erheblich missbraucht. Daher beantragt die Linksfraktion seine Abberufung von der Funktion als Vertreter der Stadt im WAV.«

CHRISTIAN REHMER

KOMM-Zentrum für Initiativen

Wie stehen die Bürgermeisterkandidaten dazu?

Eberswalde (bbp). Die fünf Initiativgruppen Hebewerk e.V., WandelBar, FreiRaum, Tauschring und ALNUS e.V. planen eine freie und kreative Nutzung des leerstehenden Gebäudes Kupferhammer 1 mit einer offenen Werkstatt und Veranstaltungsraum für alle Bürger. Angesichts der bevorstehenden Wahl des Eberswalder Bürgermeisters fragen sie die drei Kandidaten: »Wie stehen Sie zu diesem Vorhaben?«

Gerade noch rechtzeitig vor der Drucklegung der August-Ausgabe der »Bamimer Bürgerpost« ging die Antwort von Carsten Zinn, Bürgermeisterkandidat der Alternativen Liste Eberswalde (ALE), bei der Redaktion ein.

Die Wählergruppe Alternative Liste Eberswalde, so Zinn, habe sich bereits in ihrem Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 25.

Mai 2014 zu diesen Thema klar positioniert. Dort heißt es: »Besonderer Förderung bedürfen Initiativen, in deren Ergebnis Möglichkeiten für neue neue und andere Konsumtions-, Produktions- und Lebensweise entstehen.«

Dieser Anspruch gelte selbstverständlich für seine Wählergruppe auch zur Eberswalder Bürgermeisterwahl 2014. »Daß Ihr Projekt meine Unterstützung nicht nur als Bürgermeisterkandidat, sondern auch als Stadtverordneter genießt, betrachte ich als selbstverständlich«, so der ALE-Kandidat weiter. Zinn schlägt den Initiativen vor, ihr Projekt im Oktober in den relevanten Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen. »Dies ist deshalb so wichtig, um das Projekt gegebenenfalls in die Haushaltsplanung 2015 einordnen zu können.«

Stadt wandeln in Eberswalde

Orte des Wandels kennenlernen in Eberswalde und Umgebung

In Kooperation mit der bundesweiten Initiative Stadt wandeln, die in mehreren deutschen Städten den Wandel zur Nachhaltigkeit in Form von Stadtpaziergängen erlebbar macht, wurde Stadt wandeln Eberswalde in Zusammenarbeit mit dem Stadtführer »... gut zu wissen« entwickelt.

Gemeinsam mit einem oder mehreren ortsansässigen Stadtführern lernen Interessierte Orte des Wandels, die auch im Stadtführer verzeichnet sind, bei einem Spaziergang durch Eberswalde live kennen. Lebensnah und mit viel Freude stellen die Stadtführer bestehende Projekte und die Menschen dahinter vor, die Ideale von Nachhaltigkeit und regionaler Wirtschaftsweise vor Ort umsetzen.

Wir laden Sie herzlich ein, mit uns zu Stadt wandeln! Jeweils einmal monatlich an einem Sonnabend, jeweils 10 Uhr mit Treffpunkt am Neuen Blumenplatz in der Grabowstraße in Eberswalde (gegenüber dem Humboldt-Gymnasium). Die nächsten Termine sind am 6.

September, 4. Oktober, 8. November und 6. Dezember. Hinzu kommt am 13. September, 11 Uhr, ein Sondertermin zum Transition-Tag Berlin-Brandenburg.

Das Programm variiert je nach Jahreszeit. Um Anmeldung wird gebeten. (Kontakt: Glenn Rossow, eMail: gartentraum@cool.ms oder Daniela Seidel Tel. 0176/22987721).

DANIELA SEIDEL und GLENN ROSSOW

GoKart im Verkehrsgarten

Eberswalde (bbp). Die Kreisverkehrswacht Barnim e.V. betreibt im Brandenburgischen Viertel auf dem Freigelände des WBG-Vereinshauses in der Havellandstraße in Zusammenarbeit mit der Stadt Eberswalde einen Verkehrsgarten. Der Verkehrsgarten ist ein Angebot für die Kitas und Schulen in Eberswalde und der Umgebung. Allerdings blieb die Nutzung in den vergangenen Jahren unter den Erwartungen. Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, daß die Verkehrswacht zur Betreuung des Verkehrsgartens auf den Einsatz ständig wechselnder Ein-Euro-Jobber (MAE) angewiesen ist, die zwar oftmals guten Willen, aber meist fehlende fachliche Qualifikation mitbringen und auch kaum die Zeit haben, sich einzuarbeiten.

Mit den GoKarts soll nun, wie Walter Papritz von der Verkehrswacht am 7. Juli dem Sprecherrat »Soziale Stadt« erläuterte, die Attraktivität des Angebots erhöht werden, freilich ohne am Grundproblem etwas ändern zu können. Es ist vorgesehen ist, die aktuellen MAE-Kräfte für die Betreuung der GoKarts zu schulen. Da sie Vereinsmitglieder sind und im Kiez wohnen, hofft Papritz sie auf Dauer einzubinden zu können.

Die GoKarts wurden bereits im Rahmen des Projekts »Boxenstopp« genutzt. Weil sie so gut ankamen, so »Boxenstopp«-Mitarbeiter Frank Bestritzki, entstand die Idee, die GoKarts im Viertel zu lassen. Mit der Verkehrswacht sei nun auch ein geeigneter Träger gefunden worden. Die Verkehrswacht beabsichtigt, die GoKarts, die zunächst per Nutzungsvertrag von einem externen Anbieter gestellt werden, nach einem Jahr Probezeit zu erwerben und eigenständig zu betreiben.

Angesprochen werden sollen Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 16 Jahren aus dem Brandenburgischen Viertel und dem Stadtgebiet Eberswalde. Ziel ist, bei den Kindern und Jugendlichen Verständnis für Technik wecken, ein Gefühl für Disziplin zu vermitteln und den Umgang untereinander zu pflegen.

Die Lärmbelästigung durch die GoKarts werde sich in Grenzen halten, versprach Walter Papritz. Im Vordergrund stehe das Fahrersicherheitstraining, z.B. mit Parcours. GoKart-Rennen seien nicht geplant, sagte Papritz. Der in der Urlaubszeit nur knapp besetzte Sprecherrat votierte mit 4 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung für die Umsetzung des GoKart-Projekts.

Der Stadtführer »... gut zu wissen«

Jeden Tag hören wir in den Nachrichten von einem fortschreitenden Anstieg des CO₂-Gehaltes der Luft, von eingestürzten Betriebsbaracken von Textilherstellern in den sich entwickelnden Ländern oder von Regenwaldrodungen für Palmölplantagen oder Sojamonokulturen.

Was hat das mit uns in Eberswalde zu tun?

Nun, auch wir können etwas tun, um all den schlechten Nachrichten etwas entgegenzusetzen und eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung zu fördern – direkt vor unserer Haustür!

Der Stadtführer »... gut zu wissen« stellt Orte des Wandels in Eberswalde und Umgebung vor. Gemeinschaftsgärten, Regionalläden und Kulturinitiativen gehören zu den vorgestellten Projekten, aber auch Werkstätten und Handwerksläden, in denen man Selbstgemachtes, Gebrauchtes und Repariertes als Alternative zur Neuanschaffung findet. Der Stadtführer lädt ein, energie- und ressourcensparender zu leben, sich stärker mit unserer Stadt zu identifizieren und sie miteinander zu gestalten. Die Online-Fassung findet man unter stadtfuehrer-eberswalde.de.

Dr. Hoppe-Sozialpreis

Eberswalde (spd). DIE SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde vergibt im November 2014 zum fünften Mal den Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis, einen Preis für soziales Engagement in der Stadt Eberswalde. Bis zum 30. September werden dafür Vorschläge gesucht.

Mit der Preisverleihung wird als sichtbares äußeres Zeichen des Dankes und der Anerkennung beispielhaftes Handeln im sozialen Bereich ausgezeichnet, das – oft unbemerkt von der Öffentlichkeit – im Dienste des Menschen und zum Wohle der Gemeinschaft in der Stadt Eberswalde erbracht wird. Dr. Ursula Hoppe hat sich als Kreisjugendärztin in hohem Maße für die Menschen in der Stadt Eberswalde eingesetzt. Der Preis erhält damit auch das Andenken ihres sozialen Wirkens aufrecht.

Die Fraktion bittet daher recht herzlich alle Eberswalder Bürger und Bürgerinnen, Vereine, Initiativen und Kirchengemeinden um Vorschläge für diese Auszeichnung. Jede und jeder kann sich mit einem schriftlich begründeten Vergabevorschlag (gerne auch per eMail) bis zum 30. September 2014 an DIE SPD-Fraktion wenden.

Neben der Begründung sind dabei folgende Angaben wichtig: Vor- und Familiennamen, Geburtstag, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Beruf, Anschrift und Angaben über frühere Auszeichnungen und Titel.

Die Auszeichnung ist mit 400 Euro dotiert.

Kontakt: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, Breite Str. 20, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334/22246, eMail: stadtfraktion(at)spd- eberswalde.de

Volksvertreter?

Was sind das für Volksvertreter, die den Menschen alles versprechen, aber nichts davon halten? Es sind Lügner, wie es im Buche steht. Vor den Wahlen wird alles versprochen, selbst Frieden im Land. Am 14. September sind wieder welche. Der Brandenburger Landtag wird neu gewählt. Hört genau hin, was die Parteien versprechen. Und schaut genau hin, wie sie in der Vergangenheit mit ihren Wahlversprechen umgegangen sind.

Jeder Volksvertreter übernimmt eine große Verantwortung seinen Wählern gegenüber und sollte deshalb auch ehrlich seine Aufgaben erfüllen. Doch laut Gesetz sind die Volksvertreter nicht dem Volk – ihren Wählern – verantwortlich, sondern ausschließlich »ihrem Gewissen«. Aber wie können wir Wähler wissen, ob die zur Wahl stehenden Kandidaten der Parteien ein Gewissen haben oder ob dieses Gewissen womöglich käuflich ist?

Wir können es nicht. Es hilft nur, den Volksvertretern auch nach der Wahl auf die Finger zu schauen und – wenn nötig – auf die Finger zu hauen.

NORBERT GLASKE, DKP Oberbarnim

Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 10)

Parteien haben ausgedient

von Dr. Rainer Thiel

Ich hatte versucht, die etablierten Parteien mit dem Grundgesetz (GG) im Verhältnis zu sehen. Hat das schon mal jemand versucht? Gemäß GG sollen Parteien bei der Willensbildung des Volkes mitwirken. Das klingt unverfänglich. Doch was ist herausgekommen in vierundsechzig Jahren?

Massen von Menschen können nicht mal Lesen und Schreiben. Und den anderen wird Kenntnis der Perspektiven vorenthalten. Ein Schriftsteller aus Hamburg schrieb mir per eMail: Parteien haben das Volk »dressiert«. Auch die stärksten Löwen bemerken ja nur, wie sie gefüttert und geführt werden. Doch daß das Dressur ist kommt auch den stärksten Löwen nicht in den Sinn. Das Volk ist unmündig geblieben wie eh und je. Es hat zwei Weltkriege geduldet, hat mitgemacht, und dem Volk, das mit Berufs-Arbeit beschäftigt ist, wurde Aufklärung über Geschichte, über Grundgesetz und Parteien vorenthalten. Selbst die besten Schulen, selbst die besten Lehrer, waren durch Vorgaben der Kultus-Ministerien in ihrer anstrengenden Bildungs-Arbeit **nicht** gut beraten.

Den Bürgern wird vorgeführt, wie sie ihren *body stylen* können. Ach wie attraktiv. Der **Mensch** ist das Maß aller Dinge. Doch dazu muß er nicht gestylt sein. Er sollte seine Geschichte verstehen und wie er sich politisch äußern könnte. Doch statt Emanzipation der Persönlichkeit dominiert Demanzipation (Minderung von Emanzipation). Meine Gesprächspartner aus dem Volke empfinden keineswegs Zufriedenheit. Auch nicht die »besser gebildeten«. Doch sie sagen: »Was sollen wir denn tun? Die da oben machen ja doch, was sie wollen.« Nach 64 Jahren haben die Parteien ausgedient.

Nun gilt es, Konsequenzen abzuleiten. Dazu sind die wichtigsten Fäden zu finden, um das Problem anzugehen. Oberstes Kriterium ist die Emanzipation der Bürger, des Volkes, **gemäß dem Wesensgehalt des Grundgesetzes,**

ausgedrückt in Artikel 1 : »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Und »Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.«

und ausgedrückt in Artikel 2 : »Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt.....«

Der Bürger muß also nicht nur frei seine Meinung sagen dürfen, er muß auch seine Meinung **bilden und entwickeln können** zum freien, unverstellten Blick auf die menschliche Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Das bedeutet vor allem

1. Der Bürger muß frei sein von Angst vor Behörden.
2. Der Bürger muß frei von Angst sein, seinen Arbeitsplatz zu gefährden, zu verlieren

oder gar obdachlos zu werden.

3. Der Bürger muß die Möglichkeit erhalten, Einblick in die Entwicklung der menschlichen Gemeinschaft, der Gerechtigkeit in der Welt und der Pflichten zur Bewahrung unserer kosmischen Heimat zu gewinnen. Er muß seinen Einblick von Kind auf bis ins Alter zu erweitern. Es geht um seine eigene Persönlichkeit. Er muß auch Einblick in die Rechte anderer Menschen, seiner Mitbürger, gewinnen. Und er muß wissenschaftlichen Erkenntnissen folgend seine Fähigkeit entwickeln können, die Rechte aller Mitbürger und seine eigenen Rechte in ihrem Verhältnis abzuwägen.

4. Der Bürger muß frei von Armut sein. Freiheit von Armut hat viele Facetten. Die schlimmste ist: Auch Armut macht ihn erpressbar.

5. Der Bürger muß bereit und in der Lage sein, Abstand zu nehmen von der Anhäufung physischer Sach-Werte, deren Summe die Realisierung der Forderungen 1 bis 4 hemmt. (Darauf komme ich zurück, wenn ich den Ansatz B) beschreibe.

6. Der Bürger muß in der Lage sein, seine Partnerschaften frei zu wählen, eine Familie zu gründen und seinen Kindern die Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu garantieren.

7. Der Bürger muß in der Lage sein, die Bewahrung seiner Gesundheit den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft entsprechend zu genießen.

8. Der Bürger muß in der Lage sein, die Rechte und Pflichten seiner Persönlichkeit bei der Willensbildung der Gesamtheit des Volkes geltend zu machen.

9. Mit Blick auf die Grundgesetz-Artikel 14 und 15 muß klargestellt werden, was als »Eigentum« anerkannt und was entgegen bisherigen Gepflogenheiten »außer Eigentum« zu stellen ist.

10. Was »außer Eigentum« gestellt wird, hat »zum Wohle der Allgemeinheit« (!!!) als »ent-eignet« zu gelten. **Was hypothetisch als »Entschädigung« gefordert werden könnte, ist von denen schon vorab ver-einnahmt worden, die diesen Anspruch vermuthlich zur Geltung bringen wollen.**

Etwa so könnte der Wesensgehalt des Grundgesetzes ausgedrückt werden. Die etablierten Parteien waren und sind weder willens noch fähig, diesen Forderungen zu genügen. Das Volk muß seinen Willen ohne »Mitwirkung der Parteien« bilden!

Fortsetzung folgt

Erinnerungen an Kurt Kretschmann (Teil 2)

Die gute Saat der Kretschmanns

von Daniel Fischer

Nach dem Abitur wollte ich mich für den Umwelt- und Naturschutz einsetzen und bewarb mich für ein Studium in Greifswald, Berlin und Eberswalde. Die Freude war groß, daß ich für alle drei Standorte Zusagen erhielt. Letztendlich fiel mir die Entscheidung erstaunlich leicht, denn zu diesem Zeitpunkt hatte ich mir bereits den Studienort Eberswalde angeschaut, um mir einen persönlichen Eindruck von dem familiär geprägten Lernumfeld zu machen. Ich war von diversen Vorlesungen und einer Exkursion sehr beeindruckt, an der ich als Gast teilnehmen durfte und wurde zudem von sehr freundlichen Studenten in einer WG aufgenommen. Ein Schlüsselfaktor war jedoch die erste persönliche Begegnung mit Kurt Kretschmann in seinem Freienwalder Mulchgarten an einem wunderschönen Sommertag. Bad Freienwalde liegt nur rund 20 km von Eberswalde entfernt und ist sehr gut mit der Bahn zu erreichen, so daß ich mich dazu entschlossen hatte, Kurt zu besuchen. Schon damals spürte ich, daß der Kontakt zwischen uns beiden etwas Besonderes ist und daß er sich durch diese Begegnung von nun an erst recht weiter fortsetzen wird. Durch die unmittelbare Nähe zu Eberswalde hatte ich nämlich die Möglichkeit, ihn regelmäßig zu besuchen. Und so kam es dann auch, nachdem ich mich für Eberswalde als Studienort entschieden habe.

Durch die vielen Gemeinsamkeiten und Parallelen in unserem Leben stand früh fest, daß wir uns öfters sehen und sprechen wollen, um unser freundschaftliches Verhältnis zu pflegen und um darüber hinaus auch an gemeinsamen Zielen zu arbeiten, die uns wichtig erschienen. Der beachtliche Altersunterschied von immerhin 68 Jahren spielte zwischen uns hierbei kaum eine Rolle, denn im Geiste fühlten wir uns seit der ersten Stunde unseres Kennenlernens miteinander verbunden.

Von meinem Studienbeginn im Jahre 2001 bis zum Tod von Kurt am 20.01.2007 blieb uns für unseren gemeinsamen Lebensweg leider nicht sehr viel Zeit. Dafür stellte dieser Zeitabschnitt für mich eine sehr prägende und wertvolle Lebenserfahrung dar, die meinen eigenen Horizont wesentlich erweitert hat. Rückblickend sind die vielen gemeinsamen Stunden, die ich mit Kurt verbracht habe, wie ein Geschenk gewesen. Ich lernte viele seiner Lebenserfahrungen und -ansichten kennen und wurde von ihnen inspiriert. Sie schenkten mir viel Kraft, Zuversicht und Mut während meiner Entwicklung. Kurt wurde zu meinem Freund, Wegweiser und Naturschutzvater-Idol. Darüber hinaus wurde ich bei meinen Besuchen immer sehr gastfreundschaftlich aufgenommen und fühlte mich fast so, als ob ich ein Teil der Familie wäre. Vor allem die Tochter, Christel Scheinert, behandelte mich mit müt-

terlicher Fürsorge und ich konnte durch ihre Warmherzigkeit erahnen, welche Herzengüte wohl ihre Mutter Erna zu früheren Zeiten auf ihre Umgebung ausgestrahlt haben muß. Aber auch Schwiegersonn Wolfgang war stets akkurat, verantwortungsvoll und hilfsbereit und unterstützte Kurt in vielen Dingen des alltäglichen Lebens, die es zu erledigen galt.

Im Laufe der Zeit ergaben sich auch für mich Aufgaben: Angesichts der nahezu vollständigen Erblindung benötigte Kurt Hilfe beim Vorlesen von Texten, bei dem Beantworten von Briefen und bei der Veröffentlichung von eigenen Textentwürfen. Bei all diesen Aufgaben half ich ihm, soweit es mir möglich war. Ich tippte zahlreiche Briefe, Gedichte und Artikel ein, die er mir diktierte oder zuvor als handschriftliche Notiz auf Papier niederschrieb. Obwohl ein direkter Vergleich sicherlich vermessen wäre, erfüllte ich somit einige Aufgaben, die früher Erna ausführte. Statt einer Schreibmaschine nutzte ich jedoch meinen Laptop für diesen Zweck, den ich mir für das Studium damals extra angeschafft hatte und bei jedem Besuch mitbrachte. Obwohl Kurt der rasanten technologischen Entwicklung grundsätzlich sehr kritisch gegenüberstand, war er von den modernen elektronischen Möglichkeiten der Computertechnik sehr fasziniert und konnte es zunächst kaum glauben, daß ganze Bände von Texten auf ein kleines Speichermedium gesichert werden konnten und stets wieder abrufbar waren. Seine Einstellung war daher nicht durch eine technikfeindliche Haltung per se geprägt, aber die Sinnfrage spielte in allen Belangen eine zentrale Bedeutung für ihn. Fragen wie *»Brauche ich diese oder jene Sache wirklich oder komme ich auch ohne sie gut zurecht?«*, *»Welche Auswirkungen hat der Technikkonsum auf die Natur und den Ressourcenverbrauch?«* und *»Bringt uns der Einsatz von modernen Technologien ökologisch, sozial und geistig als Menschheit weiter?«* standen im Vordergrund. All zu oft waren es technische Entwicklungen, die großräumige Naturzerstörungen, verheerende Kriege und die brutale Ausbeutung von Mensch und Tier erst möglich gemacht haben. Daher sind dies nach wie vor aktuelle und berechtigte Fragen an unsere Gesellschaft, die es zu beantworten gilt. Die Lebensweisheiten der Kretschmanns und ihre äußerst sparsame und ressourcenschonende Lebensweise als überzeugte Vegetarier, Naturschützer und Biogärtner zeigen in diesem Zusammenhang Alternativen für einen nachhaltigeren und ganzheitlich geprägten Lebensansatz auf, der sich nicht von einem falschen Konsum-, Wachstums- oder Fortschrittsglauben blenden läßt, sondern einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und dem Schöpfungswunder einfordert.

Fortsetzung folgt

Ein Wandertag

Es war ein richtig hübsches Bild: Eine Gruppe 5-6-jähriger Kinder spazierte unter Aufsicht zweier Erzieherinnen fröhlich lärmend an unserem Garten vorbei. Alle hatten schicke rote Mützen auf. Sie freuten sich über den Sonnenschein und das schöne Grün rechts und links des Weges. Vielleicht zeigten und erklärten ihnen die beiden Erzieherinnen sogar ein paar Bäume und Sträucher und Gräser und Blumen. Vielleicht konnten sie ja auch Vögel sehen und singen hören, denn keiner hatte ein Smartphone in der Hand und ich sah auch keine Ohrhörer vom MP3-Playern. Vielleicht war diese Wanderung die letzte vor der Schulzeit und damit eine der letzten überhaupt, denn Wandertage werden ja jetzt zusammengelegt, um eine Klassenfahrt zu machen – nach Berlin oder Leipzig oder Hamburg oder, später dann, nach Rom, Paris oder London. Da kommt Natur nur noch sehr wenig vor. Ich fand es gut, daß die beiden Kindergärtnerinnen ihren Schützlingen gezeigt haben, wie schön wandern sein kann.

Als ich kurze Zeit später zur nahegelegenen Badestelle ging, um mich etwas von der Gartenarbeit abzukühlen, tauchte das Bild wieder auf. Offenbar waren die Kinder mit den roten Mützen vor mir an der gleichen Stelle und haben Papierschiffchen schwimmen lassen. Jedes der Schiffchen war aus einem weißen A4-Blatt gefaltet, manches schon ganz akkurat, manches noch etwas unbeholfen. Bei der Produktion der Schiffe hat die nahestehende Bank als Werft sicher gute Dienste geleistet. Jedes Schiff trug den Namen seines Erbauers. Die Kinder haben also gelernt, wie man aus einem Blatt Papier ein Schiff falten und es mit einem Stift taufen kann. Ein gelungener Tag also, für Kinder und Erzieherinnen gleichermaßen.

Mir bot sich jedoch – die Kinder waren nicht mehr da – ein trauriger Anblick. Die Schiffe waren gestrandet, zerschellt und teilweise gesunken. Wer nicht aufmerksam hingesehen und das herumliegende und herumschwimmende Papier als ehemalige stolze Flotte der KiTa *»weiß ich nicht«* erkannt hat, der fühlte sich unversehens auf einen Müllplatz versetzt. *»Wehret den Anfängen«* dachte ich mir und sammelte schnell Kevin und Marvin und Nadine und Chantal wieder ein, denn Papier in der Landschaft hat eine ungeheure Anziehungskraft für weiteren Müll. Jedenfalls habe ich die Hoffnung, daß die beiden Erzieherinnen beim nächsten Ausflug an eine Badestelle ihren Kleinen sagen, daß man so ein schön gefaltetes und getauchtes Boot nach Stapellauf und Jungfernfahrt nicht einfach versenkt, sondern wieder mitnimmt, um eine saubere Badestelle zu hinterlassen. Mama und Papa freuen sich bestimmt auch über das gelungene Werk und zeigen ihrem Sprößling vielleicht, wie man aus einem einfachen Blatt Papier sogar einen richtigen Schwan basteln kann. Soweit mein möglicherweise etwas unbescheidener Wunsch.

JOHANNES MADEJA 11

Das weitgehende Verschweigen der Verbrechen im Südosten der Ukraine durch die meisten hiesigen Medien und die pausenlose herabwürdigende, hämische Darstellung Rußlands unterstützt die aggressive rechte Kiewer Regierung. Die Journaille dient beflissen dem Kriegsgeschäft. Sie berichtet nicht wahrheitsgemäß über die Angriffe der ukrainischen Armee, der eiligst etablierten Nationalgarde und von Oligarchen-Milizen mit Söldnern (z.B. auch aus Lettland) auf die eigenen Bürger im per Referendum abgespaltenen Südosten mit Tausenden Toten, Hunderttausenden Flüchtenden. Auch, daß die meisten von russischen Menschen aufgenommen und versorgt werden, daß die verbleibende Bevölkerung ohne Wasser, Strom, Medikamente leben (oder eben ohne Insulin, Antibiotika... sterben) muß; die Nächte in »Bombenkellern« verbringt, daß Krankenhäuser, Entbindungsstationen, Kindertagesstätten, Altersheime, Schulen, Spielplätze gezielt beschossen werden, wird verschwiegen. Wenn etwas berichtet wird, dann sind jene, die sich gegen den Krieg zur Wehr setzen, die schuldigen »prorussischen Separatisten«. Über ihre berechtigten Forderungen sollen wir nichts erfahren.

Es wurde eine »Antiterror-Operation« unvorstellbarer Grausamkeit in Gang gesetzt. Von Leuten, die selber Terroristen sind. Eine »Ausradierung« ist absehbar und gewollt. Verhandlungen wurden in Kiew solange abgelehnt, bis die Situation vollends in offenes Morden umgeschlagen war und die Führer des »Aufstands« nicht mehr bereit waren, mit ihren Schlächtern zu reden. Und jetzt hat niemand mehr die Macht, die verschiedenen kämpfenden Einheiten beider Seiten zu »kontrollieren«. Auf der Seite der Verteidiger des Donbass stehen die Volkswahren, denen sich immer mehr verzweifelte »ausgebombte« Menschen, die vorher ganz normale Bürger waren, sowie Sympathisanten aus anderen Ländern – wie in Spanien gegen Franco – angeschlossen haben. Auch »Kosakenverbände« sind involviert. Natürlich ist das keine einheitlich geführte »Armee«, es gibt unterschiedliche Interessenlagen, die Ausstattung ist mangelhaft. Die Auffassungen über die Ziele des Kampfes sind unterschiedlich.

Das Angebot einer Feuerpause vom 10. August wurde in Kiew mit der Forderung an die Rebellen verbunden, zu kapitulieren. Laut ukrainisch-amerikanischem »Drehbuch« soll der Krieg weitergehen, bis zum »Endsieg«.

Die Blutspur des US-amerikanischen Expansionsstrebens und ihrer Vasallen ist sehr lang. In der Ukraine wiederholt sich mit fürchterlicher Folgerichtigkeit das vielfach bewährte Muster der Entfesselung von Kriegen: Verteufelung der »Gegenseite«, dreiste Lügen, Verschweigen der Realität, zynischen Hirnwäsche, Aufrüstung der inneren »Feinde« des jeweiligen Landes, Waffenlieferungen, gnadenloses Töten durch reguläre und »irreguläre« Truppen. In einer ehemaligen Sowjetrepublik konnte sich eine Gesellschaft entwickeln, deren verbrechen-

Der Krieg in der Ukraine:

Ein Lehrstück des Zynismus

von Dr. Magdalene Westendorff

Die Illusionen, es könne eine friedliche Lösung der »Krise« geben, haben sich längst zerschlagen. Illusionen deshalb, weil wir viel zu wenig wußten, was dem »Maidan« 2013/2014 vorangegangen war. In Kiew herrscht nun ein Regime des brutalen Nationalismus von Obamas und EU-Gnaden und jagt im ganzen Land seine echten und »potentiellen« Gegner, bestraft die »abtrünnige« Region mit Bomben, hat im Frühjahr in Odessa ein Massaker zur Abschreckung durchführen lassen...

rischen »Lenker« das Land dem Imperialismus zum Fraß vorwerfen und eine Politik der verbrannten Erde im eigenen Land als gangbaren Weg zur Lösung der Probleme ansehen.

Was unfaßbar erscheint, hat eine Vorgesichte. Diese erschließt sich, wenn man die Traditionen kennt, in denen die heutigen Ultranationalisten in Kiew stehen.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Erlangung der Unabhängigkeit der Ukraine setzte sich eine Entwicklung fort, die für die ukrainische Rechte nach dem Sieg der Bolschewiki »nur« unterbrochen war. Es wurden erst unterschwellig, dann immer offener die »Helden« der nationalistischen Vergangenheit ausgegraben und gefeiert. Die Geschichte vor allem des 20. Jahrhunderts wurde umgeschrieben, der Haß auf alles »Moskowitzische/und vor allem Sowjetische« der jungen Generation anerzogen. Die russische Sprache und Kultur herabgewürdigt, verboten, halbherzig wieder gestattet – aber nicht als Amtssprache. Selbst der russisch-schreibende Gogol (als Ukrainer) wurde ins Ukrainische nicht »korrekt« übersetzt. Für ihn und auch den Nationaldichter Taras Schewtschenko gab es keine feindliche russische Kultur und Sprache. Im Gegenteil.

Die postsowjetische Entwicklung in der Ukraine (wie auch in Rußland) begann mit einem beispiellosen Raubtierkapitalismus, der in der ukrainischen Version besonders korrupt blieb. Das Land zerfiel quasi in Einflußsphären einiger superreicher Oligarchen. Diese unterstütz(t)en die sich abwechselnden Regierungen/Präsidenten, bezahl(t)en eigene Abgeordnete und die dazugehörige Propagandisten. Wegen nicht gezahlter Löhne und anderer himmelschreiender Ungerechtigkeiten gab es immer wieder Proteste von Bergarbeitern aus dem Südosten des Landes, auch vor Regierungsgebäuden in Kiew. Allerdings entwickelten sich daraus keine starke antikapitalistische gesellschaftliche Bewegung und keine von der Basis getragene landesweite gewerkschaftliche Gegenwehr.

Spätestens nach der Orangenen »Revolution« 2004 wurde offenkundig, daß starke nationalistische, profaschistische Kräfte allmählich die Eliten stellten. Sie wurden nach dem Scheitern der Orangenen systematisch für die nächste »Revolution« von den jetzt bekannten Geldgebern im In- und Ausland weiter hochgepöppelt. Die Ultrarechten unter ihnen nutzten 2014 schamlos die berechnete Protestbe-

wegung der Bevölkerung gegen die korrupte Regierung Janukowitsch aus und errichteten mit offener Brutalität eine Gewaltherrschaft. Diese unterjocht alles Nicht-Ukrainische, leugnet die gemeinsame Geschichte der Völker der Sowjetunion, verteufelt die »Russen«, obwohl sie selbst genau die gleichen Russen sind. Mit Hilfe des Westens glauben die neuen »Herrenmenschen« einen »gesäuberten« Staat errichten zu können. Um die sozialen Spannungen zumindest teilweise überdecken zu können, wird die »nationale Karte gespielt«.

Die aus dem Südosten in das Landesinnere fliehenden Ukrainer werden unter Generalverdacht gestellt und einer »Filtration« unterzogen, um zu prüfen, ob sie »Verräter« sind. Linke und Antifaschisten gehen landesweit in den Untergrund. Die angestrebte Entvölkerung des schon weitgehend zerbombten Südostens wird mit Unterstützung des »Westens« (USA/NATO/EU) vorangetrieben. Die »Westeliten« geben der ukrainischen Junta die trügerische Sicherheit, jedes denkbare Verbrechen straffrei begehen zu dürfen. Die Nationalisten Polens kochen ihr eigenes Süppchen und träumen von alten Zeiten...

Hinter dem nationalistischen Nebel ist das knallharte ökonomische Kalkül zu erkennen. Es geht den ukrainischen Oligarchenclans vor allem um »ihren« Anteil an den Ressourcen der reichen Ukraine: Bodenschätze, großflächige Frackingprojekte zur Gasgewinnung, vollständige Privatisierung der fruchtbaren Böden... Da stören auch die russischen Kapitalisten. Und wenn man das Donezker Gebiet mit seiner industriellen Infrastruktur zerstört, dann erledigt man gleich noch den örtlichen Oligarchen Achmetov dazu. Ein Konkurrent weniger beim Zerteilen des Kuchens. Dieser hatte noch an die Kiewer Regierung appelliert, nicht zu bomben. Vergebens.

Die Provokationen und Störfeuer des Westens gegen Rußland erreichen täglich neue Dimensionen. Anstatt die Mörder in Kiew zu stoppen, wird von der NATO zynisch eine direkte militärische »Lösung« herbeigebetet. Die weitere hoffentlich friedliche Entwicklung der Russischen Föderation und ihre Stabilität sind für ganz Europa von immenser Bedeutung und eine eigene Betrachtung wert.

Unterdessen werden in Kiew täglich Gesetze gegen das ganze Volk erlassen (Auflagen der Kreditgeber EU, IWF; Umgang mit der Energieknappheit). Im Ergebnis sinkt das ohnehin

ОБРАЩЕНИЕ РЯДОВЫХ ОПОЛЧЕНЦЕВ К ПЕРВЫМ ЛИЦАМ ДНР И ЛНР

Aufruf einfacher Aufständischer an die führenden Personen der Donezker und der Lugansker Volksrepubliken (vom 31.07.2014)

Sehr geehrte Abgeordnete, Minister, führende Personen der Donezker und der Lugansker Volksrepubliken und Neurußlands – Genossen!

Es wenden sich einfache freiwillige Aufständische an Sie. Sie wenden sich namentlich an Sie als ihre Genossen, denn wir wollen nicht, daß mit unserem Blut, um den Preis unserer Leben, unter dem Deckmantel patriotischer Lösungen eine neue, sich wiederholende Umverteilung des Eigentums durchgeführt wird, ein einfacher Austausch der einen ukrainischen Business-Elite durch neue Herren stattfindet, aber wir als einfache Soldaten, – die, die überleben werden und nach Hause zurückkehren –, von diesen wieder als Knechte unter menschenunwürdigen Bedingungen angestellt werden. Aber solche Tendenzen sind schon vorhanden.

Das »Business« drängt mit voller Kraft in die neuen Machtstrukturen. Viele Personen, die die neue Macht verkörpern, verhalten sich gering-schätzig und hochnäsiger zu den einfachen Aufständischen. Fahren in teuren Autos, tragen teure und geschmiegelte Kleidung, benutzen teure Waffen und Telefone, demonstrieren immerzu der Umwelt ihre materielle und moralische Überlegenheit – aber in Wahrheit ihren geistigen Verfall und den Verrat der Interessen des Volkes.

Gleichzeitig befinden wir uns – als die einfachen freiwilligen Aufständischen, die sich aufmachen, um die Heimat Erde zu verteidigen, mit der Hoffnung auf den Aufbau eines neuen Staates, auf eine gerechtere Gesellschaft – in einem vollständigen Informationsvakuum. Das ruft eine Menge Fragen hervor, auf die wir keine Antwort bekommen: nicht in den Zeitungen, nicht im Fernsehen, nicht im Internet und wir finden sie auch nicht im Offizierskader. Infolgedessen sind 90 % der Aufständischen und der Zivilbevölkerung desorientiert, es beginnt ein

Prozeß der Demoralisierung, des Zerfalls und der Verzweiflung an den pseudopatriotischen Appellen. Es beginnen Gedanken laut zu werden, die Waffen wegzuworfen oder sie teilweise um 180° gegen den inneren Feind zu wenden. Aber wir sind, das wiederhole ich, desorientiert und können nicht unterscheiden, wer der »Un-sere« und wer der »Fremde« in diesem Krieg ist. Vorläufig sitzen wir in den Schützengraben, aber sobald wir den Feind besiegen, dann – glauben Sie uns – werden wir den Mut und die Kraft haben, Ihnen diese Fragen direkt von Angesicht zu Angesicht zu stellen.

Hier stellen wir einige typische Fragen vor:

1. Wie wird der ökonomische, politische und soziale Aufbau des neuen Staates Novorossija (Neurußland) und der Donezker Volksrepublik sein? Wenn man die allgemeinen, stelltsagen-den Phrasen beiseite wirft, dann stellt sich heraus, daß wir darüber nichts wissen.

2. Wo ist unser Pawel Jurijewitsch Gubarjow? Er ging von der politischen Bühne fort (oder wurde dazu gezwungen) und muß sich mit der Arbeit eines Wirtschaftsleiters beschäftigen.

3. Welche Form wird das Eigentum an unseren grundlegenden Aktiva (Beständen) haben – das sind unsere Werke, Fabriken, Gruben, der landwirtschaftlich genutzte Boden, die Transport-Infrastruktur, der Wohnungsbestand..? Denn das ist es doch, was das Niveau unseres Lebens, die Zugänglichkeit zu sozialen Gütern und den sozialen Wohlstand und den sozialen Schutz der Bürger der Donezker VR bestimmt.

Es gibt eine Menge an Fragen: die Flucht und der Rücktritt von Puschilin, die Schlägereien der Deputierten, die gegenseitige Feindseligkeit einiger Minister, das Fehlen einer seit langem angekündigten Partei der Macht, die in der Lage ist, den politischen Willen und die Verantwortung für die Geschehnisse, sowie für unsere

gemeinsame Zukunft in sich aufzunehmen. Der Fragen sind es viele. Aber wie heißt es doch: »Wenn Du mit Fragen kommst, dann bereite die Antwort vor!«.

Wir schlagen vor:

1. in kürzester Zeit die politische, ökonomische und soziale Basis der neu gegründeten Donezker Republik und von Novorossija zu bestimmen und sich damit an das Volk zu wenden.

2. ein Verbot einzuführen – ohne jede Ausnahme – für die Mitgliedschaft in der Partei und das Einnehmen von Führungsfunktionen durch Personen, die sich vorher in den Machtstrukturen befunden haben.

3. das Institut der politischen Leiter in allen militärischen Strukturen und Einheiten wieder einzuführen, mit der unbedingten Parteizugehörigkeit und der unmittelbaren parteilichen Unterordnung und Berichterstattung.

4. militärische Ränge einzuführen und nicht dem Statut entsprechende Verhältnisse, das Benutzen einer nichtnormativen Lexik, ein Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung nach dem Prinzip: »Raube das Geraubte« (Anmerkung des Übersetzers: Losung der Bolschewiki, 1918) oder »erbeute etwas« zu verbieten und zu verhindern.

5. sich von teuren vertraglichen Diensten derer zu trennen, die nicht dem Ruf des Herzens folgten, sondern wegen des großen Lohns kamen. Die vorhandenen finanziellen Mittel sind in gleicher Weise auf die aufständischen Kämpfer aufzuteilen, um eine minimale Unterstützung ihrer Familien zu sichern. Die Armee muß eine wirkliche VOLKSARMEE sein.

P.S. Wenn etwas in dem Dargelegten politisch nicht korrekt sein sollte, dann ist dies die Folge des Fehlens an Informationen und des Ausbleibens der Antwort auf die Schlüsselfrage: WOFÜR KÄMPFEN WIR?

Übersetzung aus dem Russischen von Dr. Magdalene Westendorff

schlechte Lebensniveau weiter: eine Kriegsteuer eingeführt, Preise für alles Lebensnotwendige wie Medikamente, das Wohnen, Wasser, Gas; Strom steigen. Entlassungen, Einfrieren der Renten! Zugleich Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine, hunderte Gerichtsverfahren gegen ihre Mitglieder und andere mißliebige vor allem linke Personen. Im Fernsehen darf gesagt werden, daß von den »abtrünnigen« 4 Millionen Menschen des Donbass 1,5 Millionen überflüssig seien und »einfach erschlagen« werden könnten.

Ganz ohne Gegenwehr kann die Kiewer Regierung allerdings auch im Landesinneren nicht wüten. Auf einigen wenigen Fernsehkanälen und Internet-Portalen sieht man Mütter/Väter/Ehefrauen vor die Kasernen ziehen und versuchen, ihre Lieben dem Krieg zu entreißen. Protest gegen die Mobilisierung bis hin zu älteren Jahrgängen gibt es vor allem von Frauen (auch in Kiew), im Westteil des Landes werden Einberufungsbefehle öffentlich ver-

brannt. Soldaten der kämpfenden Truppe desertieren nach Rußland oder legen die Waffen nieder, auf die Gefahr hin, von den eigenen »Rechten« an Ort und Stelle erschossen zu werden. Einige mutige Polizisten stellen sich den rechten Schlägern entgegen und schützen die Bürger, sie werden umgehend »bestraft« (massenweise »Gerichtsverfahren«) und entlassen!

Gibt es einen Weg zur Rettung der Ukraine?

Solange der Westen das Kiewer Regime bezahlt, das Geld zum Bomben genommen wird (statt das Gas, das das russische Volk geliefert hat zu bezahlen und die Heizung im Winter zu sichern) und das VOLK der Ukraine nicht aufsteht, werden die Verbrechen weitergehen.

In zynischer Manier hilft die EU jetzt schon, die Kiewer Regierung mit Technik und Wissen auszustatten, wie man Volksaufstände im Innern des Landes bekämpfen kann. Denn: Der jetzt von der neuen Macht endgültig gewaltsam geräumte Maidan in Kiew, der trotz der Toten und anderer Verbrechen nur ein »laues

Lüftchen« war, kommt mit voller Wucht wieder. Damit rechnet auch die jetzige Regierung.

Solange die deutsche Regierung in dieser Tragödie mitwirkt, die Wirtschaftskapitäne entgegen der kapitalistischen Logik die Sanktionen zähneknirschend akzeptieren, die Medien sich fast geschlossen an der Kriegspropaganda beteiligen und uns belügen, und für das alles unsere Steuergelder verwendet werden, genau solange sind wir quasi Mittäter.

Es genügt nicht, sich »in der Küche« aufzuregen. **Nötig sind öffentlicher Protest und Solidarität** mit den Kräften, die sich dem Krieg entgegenstellen. Bekanntlich kehrt der Krieg dahin zurück, von wo er ausging. Eine **Friedenskundgebung in Eberswalde** ist für den 1. September, dem Weltfriedenstag, geplant.

Quellen: Tageszeitung »Junge Welt«, im Internet: RIA Novosti und Republik Novorossija; Russische und ukrainische Medien, unabhängige linke Foren, Klage-mauer TV; Assoziierungsabkommen EU-Ukraine (Portal der EU); Portale der Rada, der Regierung und des Präsidenten der Ukraine

Nie wieder Krieg

Nach dem 2. Weltkrieg hörte man diese Worte oft in Deutschland. Fast jede Familie vermißte den Vater, Sohn oder Bruder. Geblieben auf den Schlachtfeldern von Stalingrad, vor Leningrad oder Moskau. Gefallen nicht für »Führer« oder »Vaterland« – schon gar nicht für's Volk –, sondern für die Geld- und Machtgier deutscher Kapitalisten.

Das darf es niemals wieder geben, schworen sich die Überlebenden. Das Volk, die einfachen Menschen, wollen keinen Krieg. Sie wollen in Frieden und in Ruhe leben.

Während im Westen das Kapital an der Macht blieb und alte Nazis in Staat, Geheimdiensten und später der Bundeswehr dominierten, entstand im Osten Deutschlands ein Staat, für den der Kampf für den Frieden 40 Jahre lang bestimmend blieb. Bei allem, was man der DDR vorwerfen kann – Krieg und Kriegspläne gehören nicht dazu. Unsere Nationale Volksarmee (NVA) entstand als Reaktion auf die Wiederaufrüstung im Westen und beteiligte sich nie an Kriegen. Sie war eine tatsächliche Friedensarmee, die den friedlichen Aufbau in der DDR schützte. In der DDR wurden die Menschen zur Friedensliebe erzogen. Mit ihrer Friedenspolitik gewann die DDR in aller Welt ein hohes Ansehen.

Als Vertreter einer Generation, die Not und Elend nach dem 2. Weltkrieg erlebte und sehr gelitten hatte, verlange ich von der BRD-Regierung, daß sie sich aktiv für die Beendigung der als »Antiterroraktionen« bezeichneten Kriege der Gegenwart einsetzt und sich deutlich von den Kriegstreibern, ob in Kiew, Tel Aviv oder Washington, distanziert. Es darf nicht sein, daß die Bundeswehr mit dem faschistischen Regime der Ukraine gemeinsame Manöver veranstaltet oder in Israel »unter Praxisbedingungen« das Zerstören von Tunneln lernt. Nie wieder Krieg, ob Hitler oder Merkel!

NORBERT GLASKE, DKP Oberbarnim

Menschenkette für Energiewende statt Braunkohle

Im Erdreich unter den Dörfern der deutsch-polnischen Lausitz lagern drei Milliarden Tonnen Braunkohle. Seit Jahrzehnten fräsen sich gigantische Schaufelräder durch das Land, um diese Kohle abzubaggern. Die Regierungen von Sachsen, Brandenburg und Polen planen dort weitere riesige Kohlegruben. Doch sauberer und umweltfreundlicher Solar- und Windstrom ersetzt immer mehr die Kohle- und Atomkraft. Für den 23. August rufen Greenpeace und andere Organisationen daher zu einer Menschenkette gegen weitere Tagebaue in der Lausitz auf. Die Kette soll quer über die Neiße führen und die von der Abaggerung bedrohten Orten Kerkwitz (Deutschland) und Grabice (Polen) verbinden.

JOHANNA PUMP, Greenpeace Eberswalde

Gemeinsam gegen Rüstung, Krieg und Rassismus

mit dem Theologen Prof. Dr. Heinrich Fink

Am Sonnabend, den 23. August, um 10 Uhr, wird Professor Heinrich Fink, Ehrenvorsitzender der VVN/BDA mit der Eberswalder Rotfuchs-Regionalgruppe über »Gemeinsamkeiten von Christen und Marxisten im Kampf um den Frieden in der Welt, gegen Erscheinungen des Rassismus, Faschismus und Krieg« diskutieren.



Manche Interessierte werden wegen der am gleichen Tag stattfindenden Einschulungen nicht teilnehmen können. Aber die Aktualität des Themas, das von der Besorgnis vieler Menschen um den Frieden auf der Welt getragen wird, gestattet, auch wegen der Einmischung Deutschlands in viele kriegerische Auseinandersetzungen, nicht eine nochmalige Terminverschiebung der Diskussion mit Professor Fink, der ursprünglich schon am 17. Mai nach Eberswalde kommen wollte.

Wir möchten schon gern wissen, welche Haltung unsere Politiker in der Region einnehmen. Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. In den nächsten Wochen werden sich die Kandidaten die Klinke in die Hand geben und um die Gunst der Wähler buhlen. In diesem Reigen möchte der RotFuchs-Förderverein nicht abseits stehen, und mit der Veranstaltung am 23. August eine geeignete Diskussionsplattform bieten. Nicht zuletzt durch die Bereitschaft eines solchen profilierten Diskussionspartners, wie es der in vielen Schlachten um die demokratischen Grundrechte und die Sicherung des Friedens gestandene, namhafte Theologe und ehemalige Rektor der Humboldt-Universität Berlin Professor Dr. Heinrich Fink ist, erhält die Versammlung ein besonderes Schwergewicht. Ein Mann wie Prof. Fink, der sich in den Zeiten der hinterhältigen Eilverleibung der DDR in den Geschäftsbereich der BRD nicht hat klein kriegen lassen, ist ein Beispiel für uns, den aufrechten Gang im Kampf um die Gerechtigkeit beizubehalten. Er verwarf einschmeichelnde Anpassung an jene Kräfte, die für sich schon wieder das Recht in Anspruch nehmen, andere Menschen und Völker bevormunden zu dürfen. Und das mit den Mitteln des Mächtigen, die sie allenthalben mit List und Tücke anwenden.

Mit anderen Worten: Frieden schaffen mit den Waffen. Die Waffenschmieden laufen inzwischen auf Hochtouren!!! Sie werden gegenüber »Otto-Normalverbraucher« als ein wichtiger und wesentlicher Wirtschaftsfaktor zur Sicherung des Wohlstands in Deutschland gehandelt. Fragt sich nur, wozu braucht Deutschland die Waffen? Wer hat Deutschland nach dem 2. Weltkrieg mit Waffengewalt bedroht? Umgekehrt wird ein Schuh draus: Angefangen von der Maschinenpistole bis zur ferngesteuerten todbringenden Drohne werden sie im Ausland eingesetzt und bringen dort Tod und Verderben. Wiederum zur Sicherung deutscher Interessen (an der Seite der USA).

Aber sind es die Interessen des einfachen Volkes? Nein, es sind die Interessen des unerzätlichen Finanzkapitals! Womit wir wieder

beim Thema wären. Nicht die Entwicklung erneuerbarer Energien spült das Geld in die Kassen. Da wird dem braven gehorsamen Bürger weisgemacht, daß sie viel zu teuer ist und jeder tiefer in die Tasche greifen muß, um sie zu finanzieren. Aber wer finanziert die Militärmaschinerie, die zielgerichtet, einzig und allein zur Zerstörung von Menschen und Werten produziert wird?

Es sind die Länder, die nicht nur zerstört, sondern auch noch ausgeraubt und deren Bewohner bei Widerstand umgebracht werden. Menschen, die genau wie wir ein Recht auf ihr Leben haben. Und wenn diese Gepeinigten aus aller Herren Länder, in denen mit (nicht nur) deutschen Waffen geschossen wird, aus den umkämpften Gebieten flüchten und zu uns, in ein friedliches Land(?), kommen wollen, dann will sie keiner haben. Sie werden abgewiesen an den Grenzen der Macht.

Merken Sie was? Ja? Aber diese Zusammenhänge werden in unseren Medien nicht ausgesprochen.

Das Wissen über die Zusammenhänge würde Unruhe schaffen, die keiner will! Wir wollen sie, weil das Rad der Geschichte weiter und nicht zurück in die Vergangenheit gedreht werden muß. Die Politik ist gefragt, die Antwort zu geben. Darum erwarten wir auf der Versammlung auch die Vertreter der Parteien, die sich um Sitze im Landtag bemühen. Wir wollen sie fragen! Und brauchbare Antworten bekommen.

Zum Schluß soll noch gesagt werden, wo die Zusammenkunft der Leser, Sympathisanten und interessierten Bürger stattfindet:

In der Aula der Freien Schule Finow, Biesentaler Straße 15, am 23. August 2014, um 10 Uhr. Der Eintritt ist frei!

Parkplätze vorhanden!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

(im Auftrage des Vorstandes der Regionalgruppe Barnim/Eberswalde des RotFuchs-Fördervereins e.V.)

VVN/BdA = Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes/Bund der Antifaschisten

Nur eine Frage

Was du nicht willst was man dir tut, das füg auch keinem Anderen zu!

Das ist eine alte Weisheit. Meine Frage: Wer will von euch, die ihr unbedingt Killerdrohnen braucht, unter einer Kampfdrohne mitsamt der Familie verrecken?

Ist ja nur eine Frage der roten Oma.

ELISABETH MONSIG



Auch dieses Jahr findet der Altenhofer Liedersommer wieder unter einem Motto ein Liedes von Gerhard Gundermann statt. Aus aktuellem Anlaß lautet es: »... ich kann mich nicht erinnern...«

AM FREITAG um 19 Uhr beginnt der Liedersommer traditionell mit einer Ausstellungseröffnung. **Lena Staritsyna** präsentiert ihre phantastischen Vogelmädchen. Anschließend gibt es ein Konzert der Gruppe **IMAGIEAI-Re** – da liegt Magie in der Luft. Dahinter verbergen sich die phantastische Akkordionistin Cathrin Pfeifer und Sonny Thet. Die beiden Musiker verweben ihre sehr eigenen Musikkosmen zu einem lächelnd melancholischen raumerfüllenden Klangerlebnis – modern, poetisch sinnlich. Danach gibt es wieder Gundermann-Lieder am Lagerfeuer.

DER SAMSTAG beginnt um 16 Uhr mit einem Konzert der Kinderband **»die Vier«** das sind vier Mädchen im Alter von 8-11 Jahren.

Ab 20 Uhr startet dann das 11. Liedermacherkonzert um die Brunhilde 2011.

Es werden erwartet: **Hisztory**, das ist ein provokanter Liedermacher, der den Anspruch hat, mit seiner Musik und seinen Texten keine Plattitüden oder Parolen zu produzieren, ein packender, unterhaltsamer Geschichtenerzähler, der über Menschen in dieser Gesellschaft singt mit all Ihren Fehlern, Problemen und dem aus Ihrer Sozialisierung resultierenden Wesen. Ihm gelingt es immer wieder, daß Publikum in seinen Bann zu ziehen. Er ist Preisträger des Publikumsreises der Hoyerschrecke 2012.

Friedrich & Wiesenhütter, das sind intelligente Texte gepaart mit virtuoser Gitarrenmusik aus Berlin. Friedrich & Wiesenhütter nehmen bei ihren Konzerten den Zuhörer mit auf eine Reise zwischen Melancholie und Sarkasmus um die Widrigkeiten des Lebens mit Seitenblick und Augenzwinkern zu betrachten. Sie beweisen mit ihrem kurzweiligen Programm, daß sie zu den besten deutschsprachigen Projekten in der BRD gehören.

Die **Bolschewistische Kurkapelle Schwarz-Rot**, das sind 15 Musiker aus Berlin. Fetter Bläusersound, dick aufgetragen, mit elektrifizierter Gitarre und donnerndem Schlagzeug. Sängerinnen und Sänger singen und schreien – lieb-

lich-skurril, punkig, feinsinnig, ironisch. Zwischen den Musiken immer wieder Moderationen, Tanzeinlagen, Kunst und Improvisationen, die das Publikum mitnehmen auf die Suche nach mehr Lebenslust, mehr Witz, mehr Musik. Neue und alte Sounds, Songs und Texte weisen in die Zukunft. Stärker denn je heißt es, den Blascore-Crossover pflegen, bayerische Volksmusikfestivals mit Brecht'schem Punk aus dem Roten Wedding zu erfreuen, russischen mit französischem Brassfolk zu kombinieren, Hans Moser und Georg Kreisler mit Rio Reiser und Tocotronic bekannt zu machen und Hermann Hesse gemeinsam mit Hanns Eisler auf den Balkan zu schicken. Vor 25 Jahren, im Herbst 1986, wurde die Bolschewistische Kurkapelle Schwarz-Rot in Ostberlin gegründet. Der Name ist auch heute noch Programm. Die Herolde des Ungehorsams blasen Pop und Propaganda den Marsch. Als fahrende Werbetrommel zur Bildung von Kurkapellen bleibt das politische Einsatzorchester Verunsicherung, sorgt kraftgeladen für Verstörung und bringt Tanzbares unters Volk. www.bolschewistischekurkapelle.org

Moderiert und mit Texten begleitet wird der Abend durch **Ahne**. Ahne ist ein Mensch. Er ist da, weil er geboren wurde und noch nicht gestorben ist. Er setzt sich ein für alles was gut ist und kämpft gegen alles was er nicht gut findet. Er findet, daß kein Zwang zur Lohnarbeit von Nöten ist, daß jeder Mensch alles kriegen sollte, was er braucht, und Kinder und Tiere und Pflanzen und Mineralien, die sollte man nicht essen, außer wenn es nicht anders geht. Hunger und so. Ahne haßt Menschen, die überall mitmachen und er liebt Musik, die man nicht ständig hört. www.ahne-international.de

AM SONNTAG um 11 Uhr klingt der Altenhofer Liedersommer mit dem musikalischen Kinderprogramm »robbi taucht auf« gestaltet und realisiert von **Dina Straat** aus.

Weitere Infos unter: <http://www.altenhoferliedersommer.de>

GÜNTER LANDMANN,
altenhofer kulturkreis e.V.

Die heilige Gaby des SVKE

Punkrocktheater - open air

Vorstellungen: Fr. 22.08.2014, Sa. 23.08.2014, Fr. 05.09.2014, Sa. 06.09.2014 jeweils 20 Uhr im EXIL am Bahnhof Eisenspalterei, Eberswalde.

Kartenreservierung: eMail: tolerantes_eberswalde@web.de, Vorverkauf: Touristeninformation im Museum Eberswalde, Steinstr. 3.

Preise: 13 Euro, ermäßigt: 9,50 Euro

Es spielen: Buche, Marshall, Keule, Elisabeth Adler, Sophia Berndt, Tommy Bottin, Franzi Brose, Cathrin Clift, Kai Jahns, Lars Kroll, Alexander Leifels, Paul Manske, Ronny Röck, Angelika Röder, Hendrik Schmidt, Susanna Schmidt, Anastasia Suvoroff, Dennis Szabo, Paula Thormann, Udo Wessollek, Elisa, Lea, Nica, Richard u.a. sowie Lara Sophia Milagro und Manuel Grosse

Text: Sascha Hargesheimer (aus Interviews mit zahlreichen ehemaligen Beschäftigten des SVKE/ SZME – danke an alle!)

Regie: Heike Scharpf

Dramaturgie: Katja Kettner

Ausstattung: Koikate (Lea Walloschke & Sebastian König)

Musik: Ansgar Tappert + Anastasia Suvorov

Choreographie: Howard Katz

Regieassistent: D. Gerber & C. Gerecke

Bühnenbau & Produktion: Lars Kroll

Licht- und Tontechnik: Matthias Ameis

Projektleitung: Kai Jahns

Der in den 70er Jahren mit modernster Technik ausgestattete Schweinemast- und verarbeitungskomplex (KFM, SZME, SVKE), zog Tausende von Arbeitskräften nach Eberswalde. Nach der Wende gerieten alle drei Betriebe in die Turbulenzen gesellschaftlicher Umwälzungen. Wir verlegen die Geschichte auf die Insel Sonnenbad, wo die heilige Gaby für Gerechtigkeit kämpft. Es geschehen erstaunliche Dinge! In Schlagern der 70er Jahre blitzen vergangene Geschichten auf und mischen sich mit anarchisch-lustvoller Punkmusik. Die Premiere war am 16. August. Noch bis Anfang September gibt es weitere Aufführungen im EXIL. Am Mittwoch, den 20. August, findet um 18.30 Uhr im EXIL eine Gesprächsrunde für ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von SVKE, KFM und SZME und Interessierte statt.

KAI JAHNS

An Amadeu Antonio erinnert

Eberswalde (Kj). Am 9. August öffnete das Bürgerbildungszentrum (BBZ) »Amadeu Antonio« seine Pforten. Eine Widmung im Eingangsbereich erinnert an Amadeu Antonio und den rassistischen Mord an ihn. Sie ist gleichzeitig ein Bekenntnis dafür, daß sich etwas ändern muß. Martin Luther King sagte 1963: »Ich habe einen Traum. daß meine vier kleinen Kinder eines Tages in einem Land leben, wo sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilt werden.« Wir wollen im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio daran arbeiten, diese Vision wahr werden zu lassen. So steht es auf der Gedenktafel im Foyer des BBZ.

2. Westender Parkfest

Eberswalde (bbp). Das 2. Westender Parkfest findet am 5. und 6. September im Westend-Park an der Heegermühler Str. 8 in Eberswalde statt. Eröffnet wird das Stadtteilfest am Freitag, den 5. September, um 15 Uhr. Gleich zu Beginn ist der Eberswalder Zoo mit einer Tierparade zu Gast. 16 Uhr gibt es Klassik mit dem Brandenburgischen Konzertorchester, dem am Abend der Auftritt der Westernhagen-Coverband BELMONDO folgt. Am Sonnabend geht es dann ab 15 Uhr weiter. Das Bühnenprogramm bietet u.a. ein Kinderprogramm von TomTom sowie Auftritte des Chors IWUSCHKA und der Big Band der Musikschule Schwedt. Am Abend spielt die ABBA-Coverband »ABBA da capo«. An beiden Tagen klingt der Abend aus mit Tanzmusik vom DJ.

Organisiert wird das Westender Parkfest von dem Ende 2012 gegründeten Stadtteilverein Eberswalde-Westend e.V. »Wir wollen in Westend kulturelle und soziale Akzente setzen«, so der Vereinsvorsitzende Danko Jur. Das 1. Parkfest hatte im August 2013 rund 2.000 Besucher in den Westend-Park gelockt.

Öffentliche Rentensprechstunde

Jeden 2. Mittwoch im Monat, jeweils von 10 bis 13 Uhr, gibt es bei der Volkssolidarität in der Mauerstraße 17 (Richterplatz) in Eberswalde Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Der nächste Termin ist der 10. September.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

Kino im Heidekrugsaal

Am Freitag, dem 22. August, um 19.30 Uhr, beendet der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. die Sommerpause mit den Dokumentarfilmen »Leben in Wittstock« (1984, 85 Minuten) und »Märkische Ziegel« (1989, 34 Minuten) von Volker Koepp im Rahmen der Retrospektive DEFA-Dokumentarfilm 1961-1990.

In »Märkische Ziegel«, dem ersten Teil seiner »Märkischen Trilogie«, porträtiert Volker Koepp Arbeiter in einer Ziegelei in Zehdenick, wo die Ziegel im Jahre 1989 noch auf genau die gleiche Weise hergestellt wurden wie hundert Jahre zuvor.

»Leben in Wittstock« begleitet drei Arbeiterinnen im 1975 gegründeten Obertrikotagenwerk »Ernst Lück« über fast zehn Jahre ihres Lebens. Regisseur Volker Koepp, der mit den Filmen »Herr Zwilling und Frau Zuckermann« (1999) und »Dieses Jahr in Czernowitz« (2004, u.a. mit Harvey Keitel) international bekannt wurde, wird anwesend sein. Der Eintritt beträgt 5 Euro.

Am Sonntag, dem 24. August, setzen wir um 10.30 Uhr die Kinderkino-Reihe fort, mit der Realverfilmung der Zeichentrick-Kultserie »Wickie und die starken Männer« unter Regie von Bully Herbig aus dem Jahr 2009, die 2010 mit dem Bayerischen Filmpreis ausgezeichnet wurde (FSK: 0, besonders wertvoll). Der Eintritt beträgt wie immer 3 Euro für Erwachsene und 1,50 Euro für Kinder.

Ihr Heidekrug-Team

Die »rote Linie«

Laut der Tageszeitung »Neues Deutschland« vom 12. August 2014 hat der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Deutschen Bundestag im Zusammenhang mit dem Vordringen der Kämpfer des »Islamischen Staates« im Irak gesagt, deren Zurückdrängung sei nur militärisch möglich. Dafür seien Waffenlieferungen an die Kurden und an die irakische Armee notwendig. Diesmal war es zunächst die Bundesregierung, die darauf beharrte, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern. Das ist pure Heuchelei angesichts der ungenierten Waffenexporte bundesdeutscher Rüstungsfirmen nach Saudi-Arabien, Katar, Israel usw., zumal inzwischen Optionen offen gehalten werden. Dennoch, es verkehren sich plötzlich die Fronten.

Selbstverständlich haben die Kurden und die vom Völkermord bedrohten Jesiden im Nordirak das Recht auf Selbstverteidigung. Es waren vor allem syrische Kurden und türkisch-kurdische PKK-Kämpfer, die den Jesiden einen Fluchtkorridor erkämpften. Doch von einer Volksbewaffnung spricht Gregor Gysi nicht. Er will Waffenhilfe für das Kurdengebiet im Nordirak, deren Machthaber die Jesiden im Stich gelassen hatten und für die irakische Armee, die ihre Waffen für den inneren Machtkampf einsetzt oder der IS kampfflos überläßt.

DIE LINKE hat (oder hatte?) eine »rote Linie«. Noch wird dem Ansinnen von Gysi innerhalb der Partei widersprochen. Aus der Barnimer LINKEN gab es bislang keine Reaktion.

GERD MARKMANN

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow:

Am 2. September haben Tanzlustige wieder Gelegenheit, das Tanzbein zu schwingen. Weitere Termine sind am 7. Oktober und der 4. November. Beginn ist jeweils 14 Uhr.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://bbp-blog/)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: CDU Eberswalde, Gramzow (2), Markmann (2), Paproth, Rotfuchs, Triller

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 14. August 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 4. September 2014.